GESCHÄFTSBERICHT 2014

Zusatzversorgungskasse des
Kommunalen Versorgungsverbands
Baden-Württemberg

Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg

Hauptsitz
Daxlander Straße 74, 76185 Karlsruhe
Telefon 0721 5985-0

Zweigstelle
Birkenwaldstraße 145, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 2583-0

Internet www.kvbw.de
E-Mail info@kvbw.de

ZVK-KVBW

Inhalt

Vorwort	5
1. Die ZVK	12
2. ZVKRente - Abrechnungsverband I (AV I)	20
3. ZVKRente - Abrechnungsverband II (AV II)	39
4. ZVKPlusRente	51
5. Weitere Informationen	55
6. Risikobericht	60
7. Rechtsmittelverfahren	69
8. Jahresabschluss	73
9. ZVK in Zahlen	83
Abkürzungsverzeichnis	85

Für den **Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg** wird ein besonderer Geschäftsbericht erstattet.

Falls bei Formulierungen nur die weibliche oder nur die männliche Form verwendet wird, so dient dies dazu, den Text lesbarer zu gestalten. Selbstverständlich sind immer Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

VORWORT

Vorwort

Herr Frank Reimold

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit dem vorliegenden Bericht wollen wir unsere Mitglieder, Kunden und alle interessierten Leser über die Geschäftsentwicklung, die Finanzlage sowie weitere maßgebliche Themen im Jahr 2014 informieren.

Fundament unserer Tätigkeit ist das Selbstverständnis als öffentlich-rechtlicher, nicht an Gewinnüberlegungen ausgerichteter Qualitätsanbieter, dem seine Anspruchsgruppen nachhaltig vertrauen können. Gleichzeitig erfordert die ökonomische Steuerung des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg mit seiner Zusatzversorgungskasse immer mehr den Einsatz von Management-Instrumentarien, wie sie in öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Dienstleistungsunternehmen üblich sind.

Im Fokus der Tätigkeit der Geschäftsführung im Jahr 2014 stand deshalb die Fortsetzung der konsequenten Reorganisation des Hauses mit dem Ziel, die Verantwortlichkeiten für alle ökonomischen

Steuerungsfunktionen, für alle internen Servicefunktionen sowie für alle externen Kundengeschäftsfelder jeweils organisatorisch zu bündeln. Hierdurch wollen wir im Sinne einer schlanken, dienstleistungsorientierten Verwaltung größtmögliche Synergien, effiziente Prozesse und eine intensive, noch hochwertigere Kundenorientierung gewährleisten.

Zur Erreichung dieser Ziele wurden die drei Geschäftsbereiche strategisch neu ausgerichtet:

Im **Geschäftsbereich Mitglieder und Leistungen**, geleitet vom stellvertretenden Direktor, Herrn Karl-Heinz Bromberger, sind alle operativen Geschäftsbereiche, die im Kontakt mit unseren Endkunden stehen, gebündelt. In Anbetracht der Bedeutung der Zusatzversorgungskasse wird der Bereich stellvertretend vom Leiter der Abteilung Zusatzversorgung, Herrn Ralf Lindemann, betreut. Seit 2014 ist auch die neu gegründete Abteilung Kommunaler Personalservice mit ihren weiterhin gut angenommenen Angeboten der Bezüge- und Entgeltabrechnung und der Bearbeitung von Kindergeldangelegenheiten in diesem Bereich organisatorisch verankert.

Herr Karl-Heinz Bromberger

Herr Ralf Lindemann

Der **Geschäftsbereich Kapitalanlage und Interne Leistungen** umfasst alle Bereiche, die als Servicebereiche gegenüber den unternehmensinternen Kunden und unseren Kooperationspartnern fungieren. Daher ist nun auch die Datenverarbeitungsabteilung in diesem Bereich organisatorisch verankert. Der Verantwortungsbereich des Leiters, Herrn Dietmar Bank, beinhaltet auch die langfristige Finanzierbarkeit unserer Altersversorgungssysteme durch eine professionelle Kapitalanlage der uns anvertrauten Gelder.

Mit der Einrichtung des **Geschäftsbereichs Unternehmenssteuerung**, der von mir persönlich geleitet wird, haben wir als Geschäftsführung der besonderen Bedeutung der hausweiten ökonomischen Steuerung Rechnung getragen. Uns ist es in 2014 gelungen, alle strategischen Steuerungsbereiche für das Gesamthaus in diesem Unternehmensstrang zu vereinen. Der Geschäftsbereich umfasst den Stabsbereich Gremien und Geschäftsführung, die Abteilung Steuerung, Personal und Organisation, die neu geschaffene Abteilung Controlling und Finanzen sowie die neu gegründete Abteilung IT-Koordination. Insbesondere die beiden neuen Abteilungen zeigen den Weg des Kommunalen Versorgungsverbands deutlich auf: Der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg hat sich zu einem öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Dienstleistungsunternehmen entwickelt. In Anbetracht der Bedeutung der Steuerungsfunktionen wird der Bereich stellvertretend vom Leiter der Abteilung Steuerung, Personal und Organisation, Herrn Dr. Thomas Zieger, betreut, der die Geschäftsführung seit Anfang 2014 verstärkt.

Herr Dietmar Bank

Herr Dr. Thomas Zieger

Das Ergebnis der erfolgreich durchgeführten und größten Restrukturierung seit Bestehen des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg ist auf dem Organigramm auf den nachfolgenden Seiten dargestellt. Ich bin mir sicher, mit der schlagkräftigen Organisation unsere Unternehmensziele Qualität, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und soziale Verantwortung nachhaltig und im Kundeninteresse noch besser als bisher erfüllen zu können.

Neben einer Vielzahl sich ändernder rechtlicher Rahmenbedingungen, die in den Arbeitsprozessen und IT-Verfahren der Geschäftsfelder Beamtenversorgung, Beihilfe, Kommunaler Personalservice und Zusatzversorgung zeitnah und erfolgreich umgesetzt wurden, war die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr durch die besonderen Herausforderungen am Finanzmarkt geprägt. Wie die privaten Versicherungen und Banken, sind auch der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg und seine Zusatzversorgungskasse mit der aktuellen Niedrigzinsphase konfrontiert, welche die Finanzierungssysteme vor große Herausforderungen stellt. Für den Fall, dass das Zinsniveau weiterhin historisch niedrig bleiben wird, werden daher in Abstimmung mit unserem Verantwortlichen Aktuar Handlungsempfehlungen

erarbeitet. Selbst in diesem schwierigen makroökonomischen Umfeld ist es uns weiterhin gelungen, eine angemessene Rendite auf unsere Kapitalanlagen zu erwirtschaften. Maßgebliche Erfolgsfaktoren waren hierbei eine breite Diversifizierung unserer Kapitalanlagen im Rahmen eines professionellen Anlagemanagements sowie der weitere Ausbau eines flankierenden Risikomanagements.

Ich danke unseren Mitgliedern und Kunden, dass sie uns auch im Jahr 2014 Vertrauen entgegengebracht haben. Den Gremien und Aufsichtsorganen spreche ich Dank für ihre Unterstützung und die konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit aus. Zudem möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagiert und erfolgreich geleistete Arbeit danken.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Reimold
Direktor des KVBW

1 DIE ZVK

1.1 Verfassung der Zusatzversorgungskasse

Der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) mit seiner Zusatzversorgungskasse (ZVK) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der räumliche Geschäftsbereich umfasst das Land Baden-Württemberg. Unternehmenssitz ist Karlsruhe, in Stuttgart besteht eine Zweigstelle.

Der KVBW ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV). KVBW und ZVK sind außerdem Mitglied der AKA (Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V.), dem Bundesverband der kommunalen und kirchlichen Versorgungs- und Zusatzversorgungskassen. Direktor Frank Reimold gehört als stellvertretender Vorsitzender dem Vorstand an.

1.1.1 Rechtsverhältnisse

Die ZVK ist rechtlich unselbstständig; sie wird als Sonderkasse des KVBW geführt. Das Kassenvermögen der ZVK wird als Sondervermögen getrennt von dem sonstigen Vermögen des Kommunalen Versorgungsverbands in drei verschiedenen Abrechnungsverbänden verwaltet. Das Vermögen der ZVK haftet nicht für Verbindlichkeiten des KVBW.

Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (GKV) in der Fassung vom 16.04.1996 (GBl. S. 394), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.12.2010 (GBl. S. 1066). Einzelheiten sind der **Satzung der ZVK** vom 02.07.2002 (Staatsanzeiger Nr. 31 vom 12.08.2002) i. d. F. der 8. Änderung vom 20.11.2013 (Staatsanzeiger Nr. 49 vom 13.12.2013) zu entnehmen. Die versicherungs- und leistungsrechtlichen Regelungen beruhen im Wesentlichen auf dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K).

Die ZVK unterliegt wie der KVBW der **Rechtsaufsicht** des Innenministeriums Baden-Württemberg. Das Versicherungsaufsichtsgesetz findet aufgrund landesgesetzlicher Regelung für die **ZVKRente** (Pflichtversicherung) keine Anwendung.

1.1.2 Aufgabe

Die ZVK übernimmt an Stelle der Arbeitgeber (**Mitglieder**) deren tarif- bzw. arbeitsvertragliche Verpflichtung, den Beschäftigten die **betriebliche Altersversorgung des öffentlichen bzw. kirchlichen Dienstes nach dem ATV-K** zu verschaffen. Dazu melden die Mitglieder ihre Beschäftigten zur **ZVKRente** (Pflichtversicherung) an. Im Leistungsfall tritt die ZVK an die Stelle des Mitglieds und zahlt diese Betriebsrente zusätzlich zur Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie entlastet hierdurch ihre Mitglieder von zusätzlichem Arbeits- und Personalaufwand.

Die ZVK setzt sowohl für die Abwicklung des Meldeverkehrs mit den Arbeitgebern (z. B. An-/Abmeldungen oder Jahresabrechnung) als auch für die interne Bearbeitung hauseigene IT-Verfahren ein. Zwischenzeitlich nutzen nahezu alle Mitglieder Personalabrechnungsverfahren, die automatisiert mit den IT-Systemen der ZVK kommunizieren. Von Ausnahmefällen abgesehen, sind damit keine manuellen Meldungen mehr erforderlich, was die Arbeitgeber entlastet. Infolge des nahezu vollständig automatisierten Meldeverkehrs und

effektiver Arbeitsabläufe kann die ZVK ihre Verwaltungskosten trotz Aufgabenzuwachses niedrig halten.

Neben der tarifrechtlich ausgestalteten Betriebsrente bietet die ZVK auf Wunsch der Tarifvertragsparteien den Beschäftigten ihrer Mitglieder zudem auch die **ZVKPlusRente** (Freiwillige Versicherung) an. Die Versicherten der ZVK können damit ihre Betriebsrente zu günstigen Konditionen und unter Inanspruchnahme der staatlichen Förderung (Riester-Zulage oder Entgeltumwandlung) mit eigenen Beiträgen aufstocken.

„Wir erfüllen die von den Mitgliedern zugesagte betriebliche Altersversorgung."

1.1.3 Abrechnungsverbände

Die auf Tarifvertrag beruhende **ZVKRente** wird in zwei unterschiedlichen Abrechnungsverbänden durchgeführt:

1. Die überwiegend über Umlagen und Sanierungsgelder finanzierte Versicherung im Abrechnungsverband I (AV I; siehe Seiten 20 ff.).
2. Die kapitalgedeckte (mit Beiträgen finanzierte) Versicherung im Abrechnungsverband II (AV II; siehe Seiten 39 ff.).

Die Zuordnung zu den Abrechnungsverbänden hängt demnach von der Art der Finanzierung ab. Die tarifvertraglich geregelte Leistung ist in beiden Abrechnungsverbänden gleich hoch.

Die kapitalgedeckte **ZVKPlusRente** wird getrennt von der **ZVKRente** in einem weiteren Abrechnungsverband (siehe Seiten 51 ff.) verwaltet.

1.2 Verwaltungsausschuss

Für die Angelegenheiten der Zusatzversorgungskasse ist vom Verwaltungsrat des KVBW gemäß § 33 GKV der Verwaltungsausschuss gebildet. Er besteht aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats des KVBW und fünfzehn weiteren Mitgliedern, von denen sieben aus den Organen der Mitglieder und acht aus dem Kreis der Versicherten berufen werden. Dem Verwaltungsausschuss gehörten während des Berichtsjahres an:

Mitglieder	**Stellvertreter**

1. Aus den Organen der Mitglieder

1.1 Auf Vorschlag des Gemeindetags Baden-Württemberg

Bürgermeister Michael Scharf Bonndorf im Schwarzwald (ab 10.07.2014)	Bürgermeister Peter Seyfried Mutlangen

1.2 Auf Vorschlag des Städtetags Baden-Württemberg

Oberbürgermeister Michael Makurath Ditzingen	Oberbürgermeister Werner Spec Ludwigsburg
Oberbürgermeister Franz Schaidhammer Wiesloch	Bürgermeister Dr. Gallus Strobel Triberg

1.3 Auf Vorschlag des Landkreistags Baden-Württemberg

Landrat Gerhard Bauer Schwäbisch Hall	Landrat Karl Röckinger Pforzheim
Landrat Joachim Walter Tübingen	Landrätin Marion Dammann Lörrach

Mitglieder	Stellvertreter

1.4 Auf Vorschlag des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

Verbandsgeschäftsführer Dr. Joachim Herrmann Sparkassenverband Baden-Württemberg Stuttgart	Direktor Dr. Harry Streib Sparkassenverband Baden-Württemberg Stuttgart

1.5 Auf Vorschlag der Kirchen

Oberkirchenrat Erwin Hartmann Evangelischer Oberkirchenrat Stuttgart	Ltd. Direktor i. K. Hermann-Josef Drexl Bischöfliches Ordinariat Rottenburg-Stuttgart Rottenburg am Neckar

2. Aus dem Kreis der Versicherten

2.1 Auf Vorschlag der Gewerkschaft ver.di

Werner Brodbeck Schemmerhofen	Petra Mann Tauberbischofsheim
Hubert Burgert Freiburg im Breisgau	Theo Bertram Baden-Baden
Klaus Dollmann Ludwigshafen	Bruno Heiss Ostrach (ab 10.07.2014)
Klaus Hummel Lobbach (bis 30.09.2014)	Reinhard Hanselmann Stuttgart (bis 31.12.2014)
Ralf Siebler Leimen (ab 10.12.2014)	
Angelika Kaps Göppingen	Annette Große-Ruyken Emmendingen
Ursel Spannagel Pfullingen	Sonja Gathmann Leonberg

Mitglieder	Stellvertreter
Christa Walz Leutenbach (bis 31.01.2014)	Brigitte Quattländer Tuningen
Ingrid Vosseler Stuttgart (ab 10.07.2014)	

2.2 Auf Vorschlag der Gewerkschaft BTBkomba

Horst Lauer Heddesheim	Hella Heuer-Klug Freiburg im Breisgau

Vorsitzender des Verwaltungsausschusses

Vorsitzender des Verwaltungsausschusses ist Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Stuttgart.

Stellvertretender Vorsitzender ist Landrat Gerhard Bauer, Schwäbisch Hall.

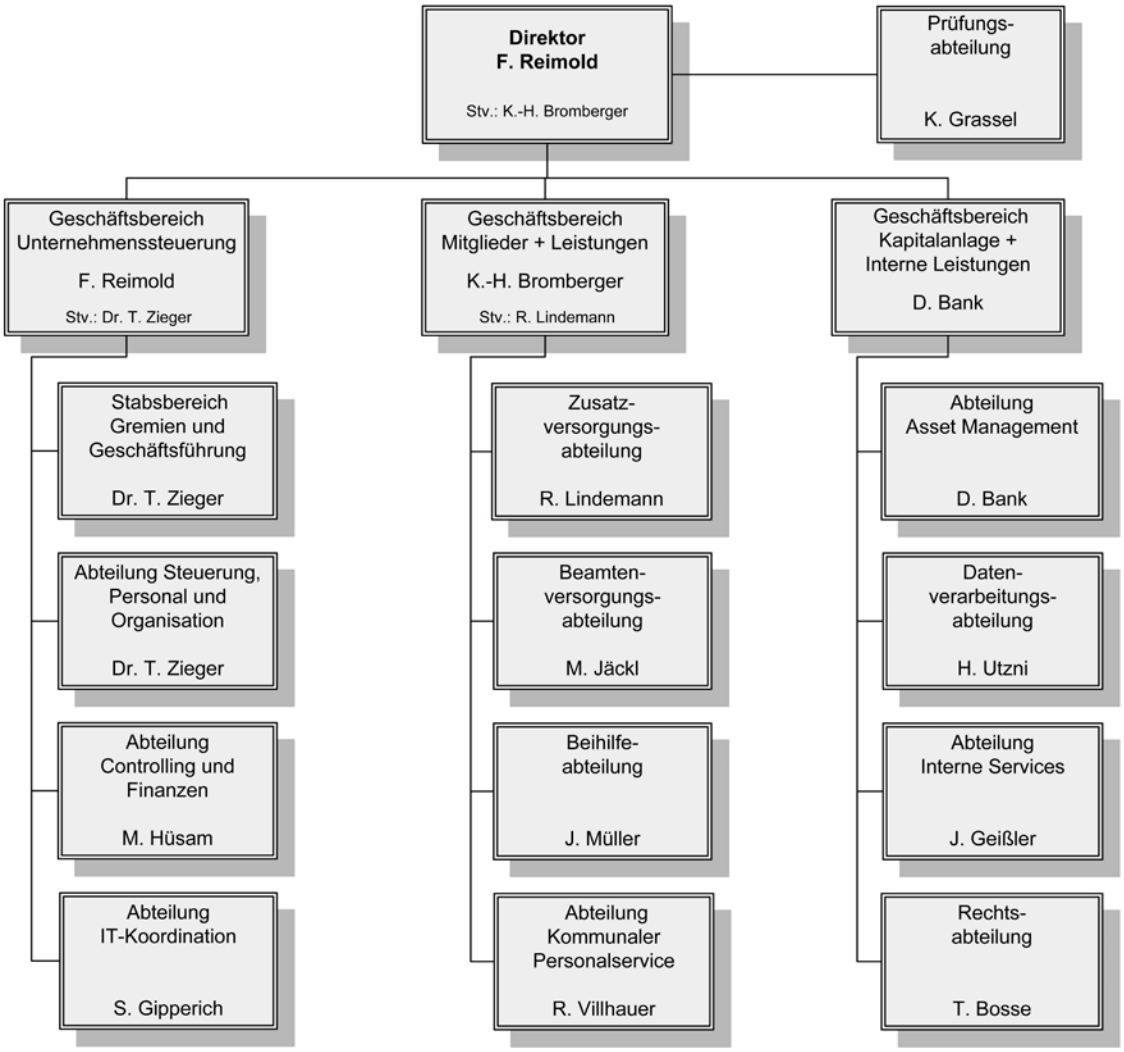
Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen des Verwaltungsausschusses statt.
Für die Beratung von Angelegenheiten der Vermögensanlage ist ein Anlagebeirat gebildet. Im Berichtsjahr fanden drei Sitzungen statt.
Die achte Amtsperiode des Verwaltungsausschusses dauert bis 04.04.2016.

Direktor

Leiter der Verwaltung des KVBW ist Direktor Frank Reimold.
Er vertritt den Versorgungsverband.

Ständiger allgemeiner Stellvertreter ist Ltd. Verwaltungsdirektor Karl-Heinz Bromberger.

1.3 Organisationsstruktur



Stand: 31.12.2014

ZVKRente

Abrechnungsverband I (AV I)

2.1 Mitglieder

Mitglieder der ZVK sind insbesondere Städte, Gemeinden und Landkreise, Sparkassen, Kirchengemeinden sowie die AOK in Baden-Württemberg. Außerdem haben juristische Personen des privaten Rechts mit überwiegend öffentlicher Aufgabenstellung, z. B. privatisierte Einrichtungen wie Stadtwerke, Verkehrsbetriebe oder Krankenhäuser, die Mitgliedschaft bei der ZVK erworben.

Mit der Mitgliedschaft bei der ZVK kommt ein **privatrechtliches Versicherungsverhältnis** (Gruppenversicherungsvertrag) zwischen dem Arbeitgeber und der ZVK zustande. Die Rechte und Pflichten des Vertragsverhältnisses ergeben sich aus der Satzung der ZVK.

Die Veränderungen im Einzelnen:	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014	**Veränderungen**
Stadtkreise	9	9	
Große Kreisstädte	93	93	
Sonstige Städte und Gemeinden	980	980	
Landkreise	35	35	
Zweckverbände	390	391	**+ 1**
Sparkassen und deren Einrichtungen	57	57	
Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen	2.539	2.527	**- 12**
Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentl. Rechts	85	85	
Andere Arbeitgeber	710	714	**+ 4**
Insgesamt	**4.898**	**4.891**	**- 7**

Die Veränderungen bei den **Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen** sind auf der einen Seite insbesondere auf Zusammenlegungen von Einrichtungen bzw. Konzentration von Aufgaben sowie auf der anderen Seite auf Verselbstständigungen zurückzuführen.

Bei den neuen Mitgliedern in der Gruppe **„andere Arbeitgeber"** handelt es sich überwiegend um rechtlich verselbstständigte kommunale Unternehmen. Abgänge in diesem Bereich erfolgen insbesondere aufgrund Aufgabenverlagerungen.

2.2 Versicherte in der ZVKRente

Die Mitglieder melden die versicherungspflichtigen Beschäftigten bei der ZVK an. Ende 2014 waren dies über 465.000. Das bedeutet ein Plus von rund 6.400 Versicherten gegenüber dem Vorjahr.

Nach **Beendigung** des zusatzversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses werden die Beschäftigten durch den Arbeitgeber abgemeldet. Sofern der Rentenfall noch nicht eingetreten ist, wird das Versicherungsverhältnis **automatisch beitragsfrei weitergeführt**. Erworbene Rentenanwartschaften bleiben erhalten.

In Scheidungsverfahren erfolgt der Ausgleich der bei der ZVK in der Ehezeit erworbenen Rentenanwartschaft seit 01.09.2009 durch **Realteilung**. Die ausgleichsberechtigte Person erwirbt hierdurch eine eigenständige Betriebsrentenanwartschaft. Auf dieser Grundlage wurden seither für insgesamt rund 5.200 ausgleichsberechtigte frühere Ehegatten beitragsfreie Versicherungsverhältnisse begründet (siehe dazu auch Ziffer 5.4. auf Seite 58).

Gesamtentwicklung

Bestand ZVKRente	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014	**Änderungen gesamt Anzahl**	**Änderungen gesamt %**
Versicherte	459.018	465.421	**+ 6.403**	**+ 1,4**
beitragsfrei Versicherte	499.772	517.828	**+ 18.056**	**+ 3,6**
(davon Ausgleichsberechtigte aufgrund Realteilung)	(4.041)	(5.176)	**(+ 1.135)**	**(+ 28,1)**
Insgesamt	**958.790**	**983.249**	**+ 24.459**	**+ 2,6**

Versicherte nach Mitgliedergruppen

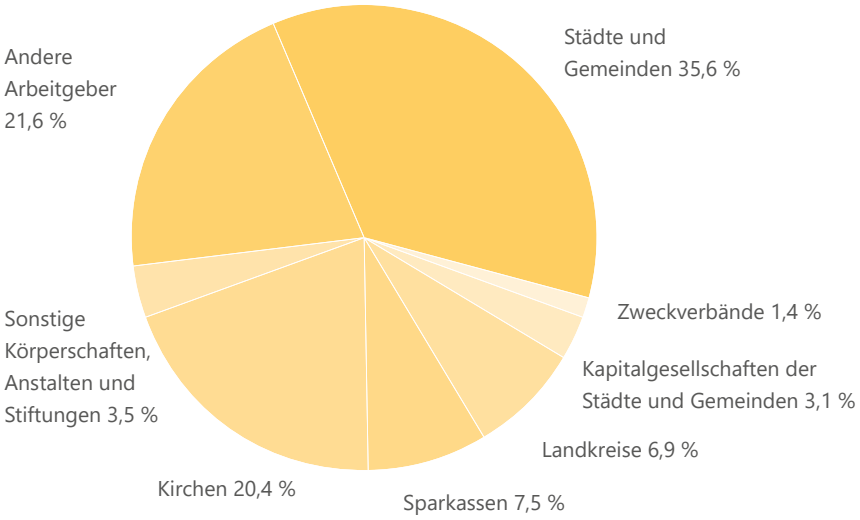
Bestand ZVKRente	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014	**Änderungen gesamt Anzahl**	**Änderungen gesamt %**
Städte und Gemeinden	161.793	166.049	**+ 4.256**	**+ 2,6**
Landkreise	31.438	32.328	**+ 890**	**+ 2,8**
Sparkassen	35.080	34.849	**- 231**	**- 0,7**
Kirchen	93.424	94.941	**+ 1.517**	**+ 1,6**
Andere Arbeitgeber	137.283	137.254	**- 29**	**0,0**
Insgesamt	**459.018**	**465.421**	**+ 6.403**	**+ 1,4**

Verschiebungen innerhalb der Mitgliedergruppen ergaben sich insbesondere aufgrund rechtlicher Verselbstständigungen (Betriebsauslagerungen) als Folge von Privatisierungen. Auch die neuen Arbeitgeber konnten wiederum als Mitglieder gewonnen werden. Damit wurde sichergestellt, dass die vorhandenen und auch die künftigen Arbeitnehmer weiterhin zusatzversichert werden können.

Aufteilung der Versicherten in der ZVKRente auf die Mitgliedergruppen

	2014					
	alle Beschäftigten		Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Große Kreisstädte	53.183	11,4	16.896	3,6	36.287	7,8
Stadtkreise	41.010	8,8	14.837	3,2	26.173	5,6
Sonstige Städte und Gemeinden	71.856	15,4	19.261	4,1	52.595	11,3
Kapitalgesellschaften der Städte und Gemeinden	14.286	3,1	9.710	2,1	4.576	1,0
Zweckverbände	6.026	1,4	3.455	0,8	2.571	0,6
Landkreise	32.328	6,9	8.455	1,8	23.873	5,1
Sparkassen	34.849	7,5	12.975	2,8	21.874	4,7
Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen	94.941	20,4	16.346	3,5	78.595	16,9
Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	16.319	3,5	3.696	0,8	12.623	2,7
Andere Arbeitgeber	100.623	21,6	26.948	5,8	73.675	15,8
Insgesamt	465.421	100,0	132.579	28,5	332.842	71,5

Aufteilung der Versicherten in der ZVKRente nach Mitgliedergruppen (Stand: 31.12.2014)



Bestandsveränderungen Versicherte in der ZVKRente

Jahr	Versicherte	Nettozugang		Ø - Alter
		Anzahl	%	
1976	170.274	-	-	-
2001	381.668	-	-	40,6
2002	388.403	6.735	1,8	40,8
2003	416.649	28.246	7,3	41,0
2004	415.219	- 1.430	- 0,3	41,5
2005	415.635	416	0,1	41,9
2006	414.466	- 1.169	- 0,3	42,3
2007	414.562	96	0,0	42,7
2008	419.946	5.384	1,3	42,9
2009	429.186	9.240	2,2	43,0
2010	434.674	5.488	1,3	43,3
2011	441.764	7.090	1,6	43,5
2012	450.996	9.232	2,1	43,7
2013	459.018	8.022	1,8	43,8
2014	**465.421**	**6.403**	**1,4**	**44,0**

Durchschnittsalter der Versicherten in der ZVKRente

	2013			**2014**		
	Anzahl	%	Ø - Alter	**Anzahl**	**%**	**Ø - Alter**
Männer	**132.172**	**28,8**	**44,9**	**132.579**	**28,5**	**44,9**
Frauen	**326.846**	**71,2**	**43,4**	**332.842**	**71,5**	**43,6**
Alle	**459.018**	**100,0**	**43,8**	**465.421**	**100,0**	**44,0**

Mindestversicherungszeit

Im Berichtsjahr erfüllten von

- 465.421 Versicherten 320.079 (= 68,8 %) und
- 517.828 beitragsfrei Versicherten 151.082 (= 29,2 %)

die zur Begründung eines Leistungsanspruchs erforderliche Wartezeit von 60 Versicherungsmonaten.

Anzahl der Versicherten, die Altersteilzeitarbeit leisten

Jahr	vor dem 01.01.2003 vereinbart	nach dem 31.12.2002 vereinbart	Gesamt	Veränderungen	
				Anzahl	%
2003	9.505	2.241	11.746	1.754	17,6
2004	7.867	5.640	13.507	1.761	15,0
2005	6.008	8.280	14.288	781	5,8
2006	4.522	10.824	15.346	1.058	7,4
2007	3.304	13.749	17.053	1.707	11,1
2008	1.673	15.241	16.914	- 139	- 0,8
2009	849	21.248	22.097	5.183	30,6
2010	484	18.805	19.289	- 2.808	- 12,7
2011	248	16.382	16.630	- 2.659	- 13,8
2012	121	13.591	13.712	- 2.918	- 17,6
2013	34	11.316	11.350	- 2.362	- 17,2
2014	**25**	**9.299**	**9.324**	**-2.026**	**-17,9**

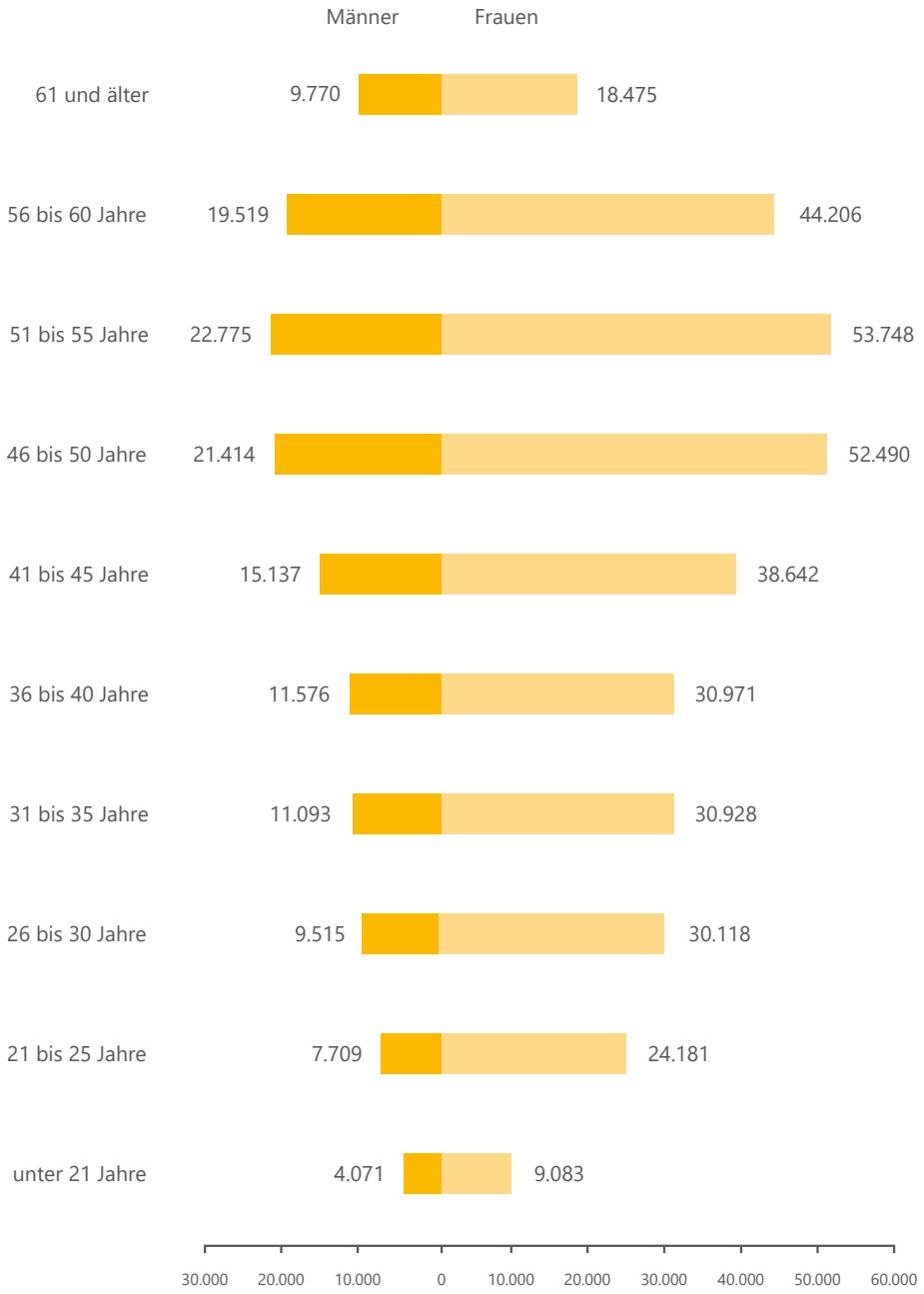
Der auffällige Anstieg der Fallzahlen im Jahr 2009 war auf eine Änderung des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) vom 05.05.1998 zurückzuführen. In den Genuss dieser begünstigenden Regelungen kamen danach nur noch Beschäftigte, die die Altersteilzeit bis 31.12.2009 angetreten haben. Der Rückgang der Fallzahlen in den Folgejahren zeigt, dass diese Beschäftigten wegen Eintritt des Rentenfalls nach und nach ausscheiden.

Auf Altersteilzeitarbeitsverhältnisse, die ab 01.01.2010 begründet werden, findet der Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) Anwendung.

Während einer Altersteilzeit (ATZ) werden die Versicherten i. d. R. so behandelt, als ob sie 90 % ihres Entgelts vor ATZ beziehen würden. An der unmittelbaren Finanzierung des daraus resultierenden zusätzlichen Aufwands beteiligen sich die Arbeitgeber erstmals für Versicherte, mit denen die Altersteilzeit nach 31.12.2002 vereinbart wurde.

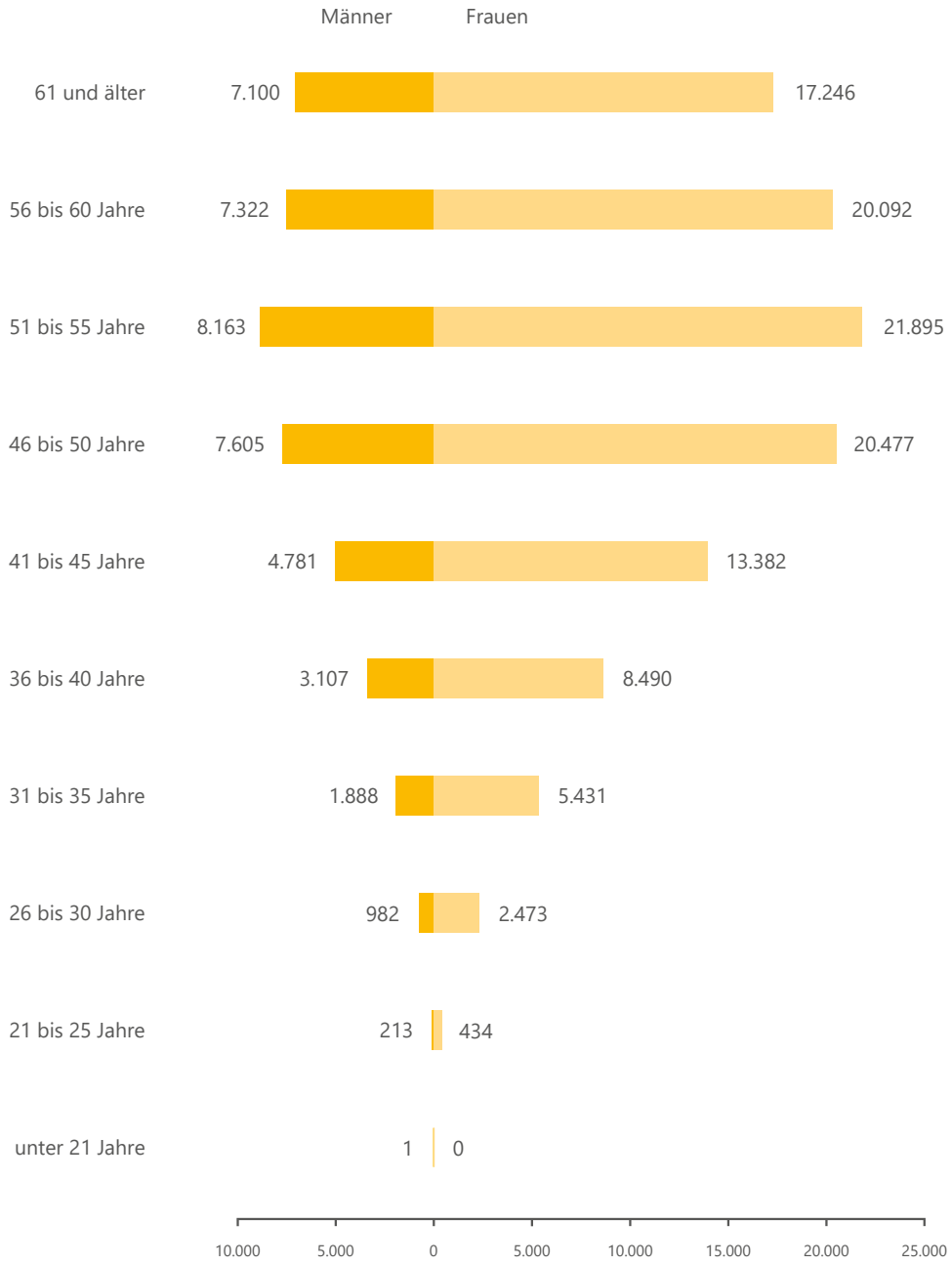
Altersstruktur der Versicherten in der ZVKRente

(Stand: 31.12.2014)



Das Durchschnittsalter beträgt 44,0 Jahre.

Altersstruktur der beitragsfrei Versicherten in der ZVKRente mit Rentenanwartschaft (Stand: 31.12.2014)



2.3 Einnahmen ZVKRente

2.3.1 Einnahmen aus Umlagen und Sanierungsgeld

Zur Finanzierung der Kassenleistungen werden auf der Grundlage der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der Versicherten Umlagen und Sanierungsgelder erhoben. Die **Umlage** beträgt 5,5 % (einschließlich einer Arbeitnehmerbeteiligung von 0,15 %).

Für einen darüber hinausgehenden Finanzbedarf zur Deckung der Verpflichtungen, die vor dem 01.01.2002 begründet worden sind, erhebt die Kasse ein steuer- und sozialversicherungsfreies **Sanierungsgeld**. Hierzu werden neben den zusatzversorgungspflichtigen Entgelten des vorangegangenen Kalenderjahres auch die dem Mitglied zuzuordnenden jährlichen Leistungsansprüche in einem bestimmten Umfang herangezogen.

Im Ergebnis beträgt der mitgliedsbezogene, verursacherorientierte Sanierungsgeldhebesatz zwischen 1,7 % und 3,7 % - im Durchschnitt über alle Mitglieder hinweg 2,5 % - des laufenden zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

	2014
Auf dieser Grundlage ergeben sich Einnahmen von	1.109,8 Mio. €
Hinzu kommen die für frühere Jahre nachentrichteten Umlagen und Beiträge	0,7 Mio. €
Die Gesamteinnahmen belaufen sich somit auf	**1.110,5 Mio. €**
Gegenüber dem Vorjahr mit einem Aufkommen von	1.059,9 Mio. €
betragen die Mehreinnahmen	50,6 Mio. €
Das ist eine Zunahme von rund	**4,8 %**

Die Mehreinnahmen beruhen im Wesentlichen auf

- dem Zugang von Mitgliedern und Versicherten sowie
- einer Erhöhung der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte infolge tariflicher Anpassungen zum 01.03.2014 um 3 % (mind. 90 €) und
- einer einmaligen Pauschalzahlung von 360 €.

2.3.2 Zusatzbeitrag

Um die bewährte Finanzierung der ZVK weiter zu stärken, erfolgte 2008 der Einstieg in die Kapitaldeckung. Seit diesem Zeitpunkt wird ein „Zusatzbeitrag" erhoben, mit dem ein Kapitalstock für eine schrittweise Kapitalisierung der Verpflichtungen aufgebaut wird.
Langfristig soll so eine Absenkung des Finanzierungsaufwands für die Mitglieder und Beschäftigten erreicht werden.

Die Höhe des Zusatzbeitrags orientiert sich an der steuerlichen Entlastung bei den Umlagezahlungen (siehe Jahressteuergesetz 2007) und ist insoweit über alle Mitglieder hinweg weitgehend kostenneutral. Der Zusatzbeitrag soll entsprechend den im Zeitablauf ansteigenden steuerlichen Entlastungen bei den Umlagezahlungen stufenweise angehoben werden. Mit Wirksamwerden der zweiten Entlastungsstufe wurde der Zusatzbeitrag daher zeitgleich zum 01.01.2014 von 0,22 % auf 0,40 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte angehoben.

Für 2014 ergeben sich Zusatzbeiträge in Höhe von rund 55,5 Mio. €.

„Der Zusatzbeitrag dient dem schrittweisen Einstieg in die Kapitaldeckung."

2.4 Überleitungen

Ein Wechsel eines Beschäftigten zu einem Arbeitgeber, der Mitglied einer anderen kommunalen oder kirchlichen Zusatzversorgungseinrichtung (ZVE) ist, soll zu keinen Nachteilen in der späteren betrieblichen Altersversorgung führen. Deshalb übernimmt die neue ZVE auf Antrag die Versicherungszeiten und erworbenen Versorgungspunkte **(Einzelüberleitung)**. Die damit verbundenen finanziellen Lasten werden zwischen den ZVE ausgeglichen. Außerdem haben diese vereinbart, dass im Rentenfall der Beschäftigte Leistungen aus einer Hand erhält.

Abweichend hiervon erfolgt mit der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) lediglich die **wechselseitige Anerkennung von Versicherungszeiten**. Dabei verbleiben die erworbenen Anwartschaften bei der bisherigen ZVE des Versicherten. Im Rentenfall muss deshalb der Versicherte bei beiden ZVE einen Antrag auf Betriebsrente stellen.

Überleitungen	an andere Kassen		von anderen Kassen	
	Fälle	€	Fälle	€
2014	**2.082**	**15.212.297**	**1.434**	**10.470.944**

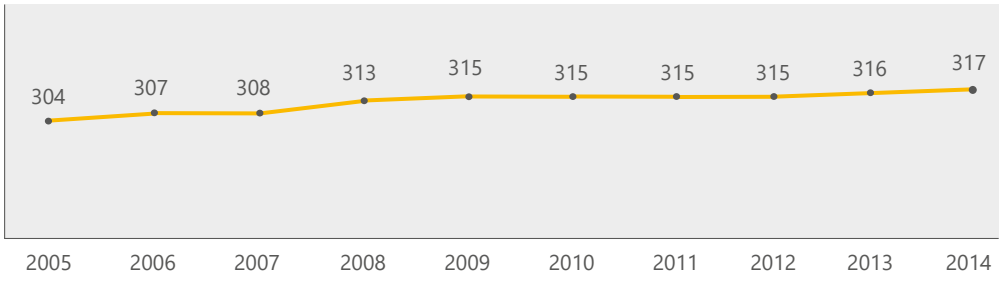
2.5 Leistungen aus der ZVKRente

Aufgrund tarif- bzw. arbeitsvertraglicher Vereinbarungen sichern die Mitglieder (Arbeitgeber) der Kasse ihren Beschäftigten eine Betriebsrente zu - die **ZVKRente**. Die Abwicklung übernimmt die ZVK. Sie erfüllt die Versorgungszusage des Arbeitgebers.

Mit dem Bezug einer Rente der gesetzlichen Rentenversicherung entsteht in der Regel auch ein Leistungsanspruch gegenüber der ZVK. Diese zahlt nicht nur Alters-, sondern auch Erwerbsminderungsrenten sowie im Todesfall Renten an die bezugsberechtigten Witwen, Witwer, eingetragenen Lebenspartner und Waisen.

Ende 2014 erhielten ca. 204.000 Rentner die nahezu vollständig vom Arbeitgeber finanzierte Betriebsrente aus der **ZVKRente**.
Die durchschnittliche Monatsrente betrug 317 €.

Durchschnittliche monatliche Betriebsrente in €



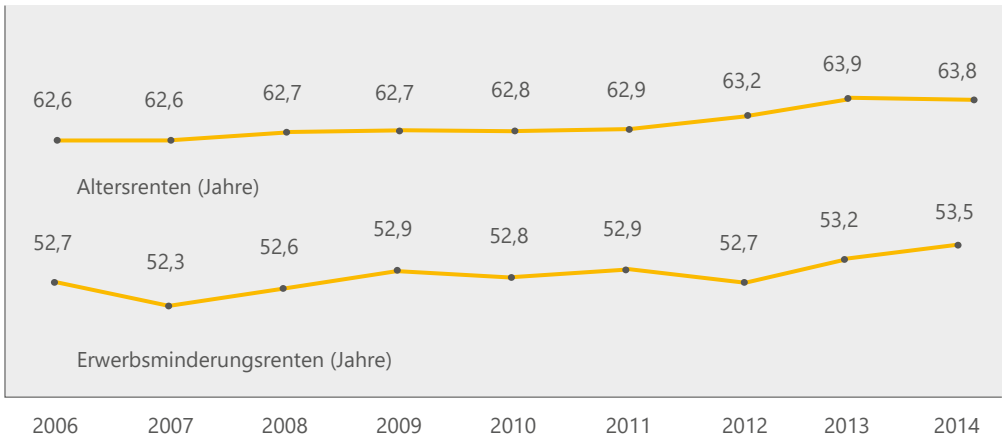
Die insgesamt von der ZVK erbrachten Rentenleistungen beliefen sich auf 762,3 Mio. €. Die gegenüber dem Vorjahr um ca. 1,4 % gestiegenen Aufwendungen sind insbesondere auf den Reinzugang von 4.405 Rentenfällen sowie auf die tarifvertragliche Anpassung der Betriebsrenten zum 01.07. des Jahres um 1 % zurückzuführen.

Fallzahlen und Aufwand	2013 Anzahl	2013 Aufwand Mio. €	**2014 Anzahl**	**2014 Aufwand Mio. €**	Veränderungen Anzahl	Veränderungen Aufwand Mio. €
Renten an ehemalige Versicherte	167.335	666,8	**171.543**	**675,2**	+ 4.208	+ 8,4
Witwen- bzw. Witwer-renten	30.603	84,3	**30.892**	**86,3**	+ 289	+ 2,0
Waisen-renten	1.627	0,8	**1.535**	**0,8**	- 92	0,0
Betriebs-renten insgesamt	**199.565**	**751,9**	**203.970**	**762,3**	**+ 4.405**	**+ 10,4**
Abfindungen	**857**	**1,8**	**989**	**2,2**	**+ 132**	**+ 0,4**

Durchschnittliches Rentenzugangsalter

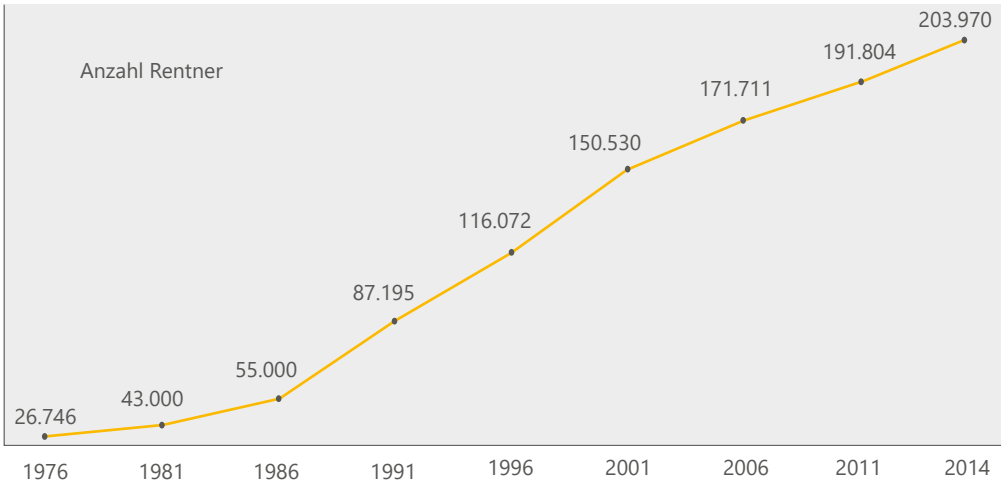
Das Renteneintrittsalter ist seit 2002 deutlich angestiegen. Die Versicherten reagieren damit auf die Heraufsetzung der Altersgrenzen für abschlagsfreie Renten. Mit dem späteren Rentenbezug sollen Abschläge vermieden oder verringert werden. Im Jahr 2014 wird dieser Trend bei den Altersrenten allerdings unterbrochen durch die Einführung der abschlagsfreien Altersrente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“).

Jahr	2006 Alter	2007 Alter	2008 Alter	2009 Alter	2010 Alter	2011 Alter	2012 Alter	2013 Alter	**2014 Alter**
Altersrenten (Jahre)	62,6	62,6	62,7	62,7	62,8	62,9	63,2	63,9	**63,8**
Erwerbsmin-derungsren-ten (Jahre)	52,7	52,3	52,6	52,9	52,8	52,9	52,7	53,2	**53,5**



Entwicklung des Rentenbestands

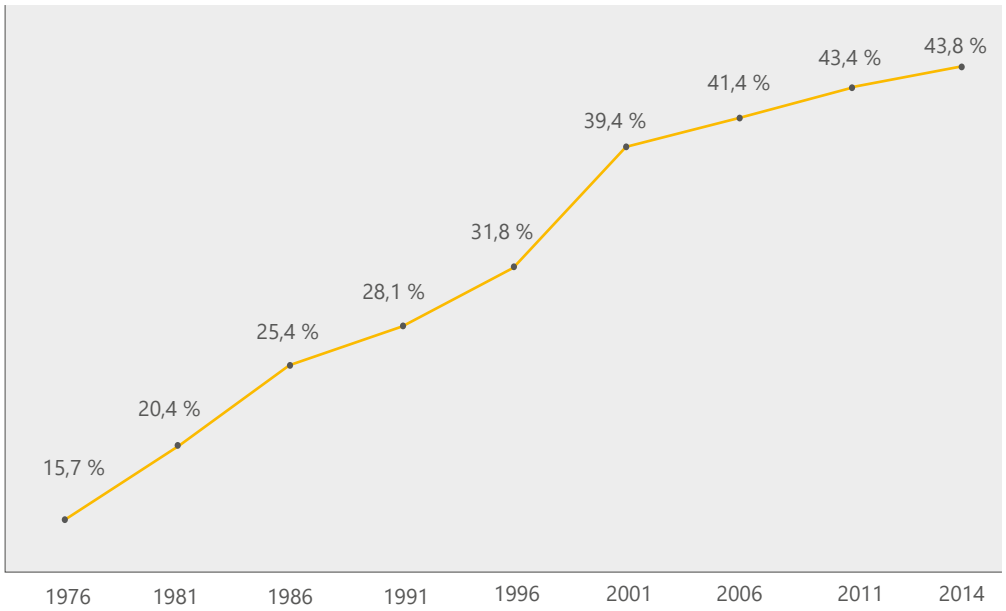
Jahr	1976	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	**2014**
Anzahl Rentner	26.746	171.711	175.655	179.533	183.591	187.654	191.804	195.879	199.565	**203.970**



Bei den Betriebsrenten war wie in den vergangenen Jahren ein kontinuierlicher Zuwachs zu verzeichnen.

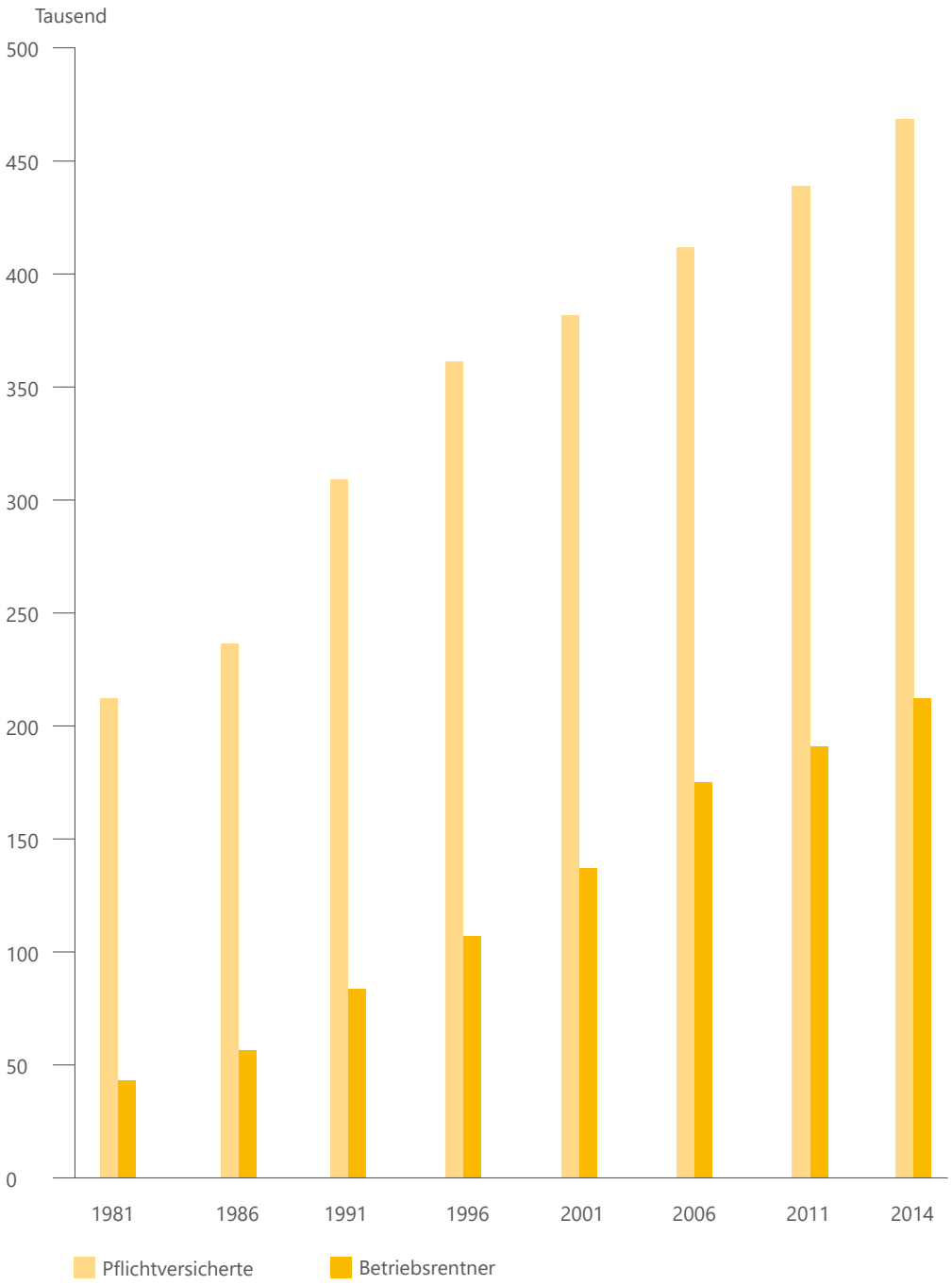
Versorgungslastquote

Jahr	1976	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	**2014**
in %	15,7	41,4	42,4	42,8	42,8	43,2	43,4	43,4	43,5	**43,8**



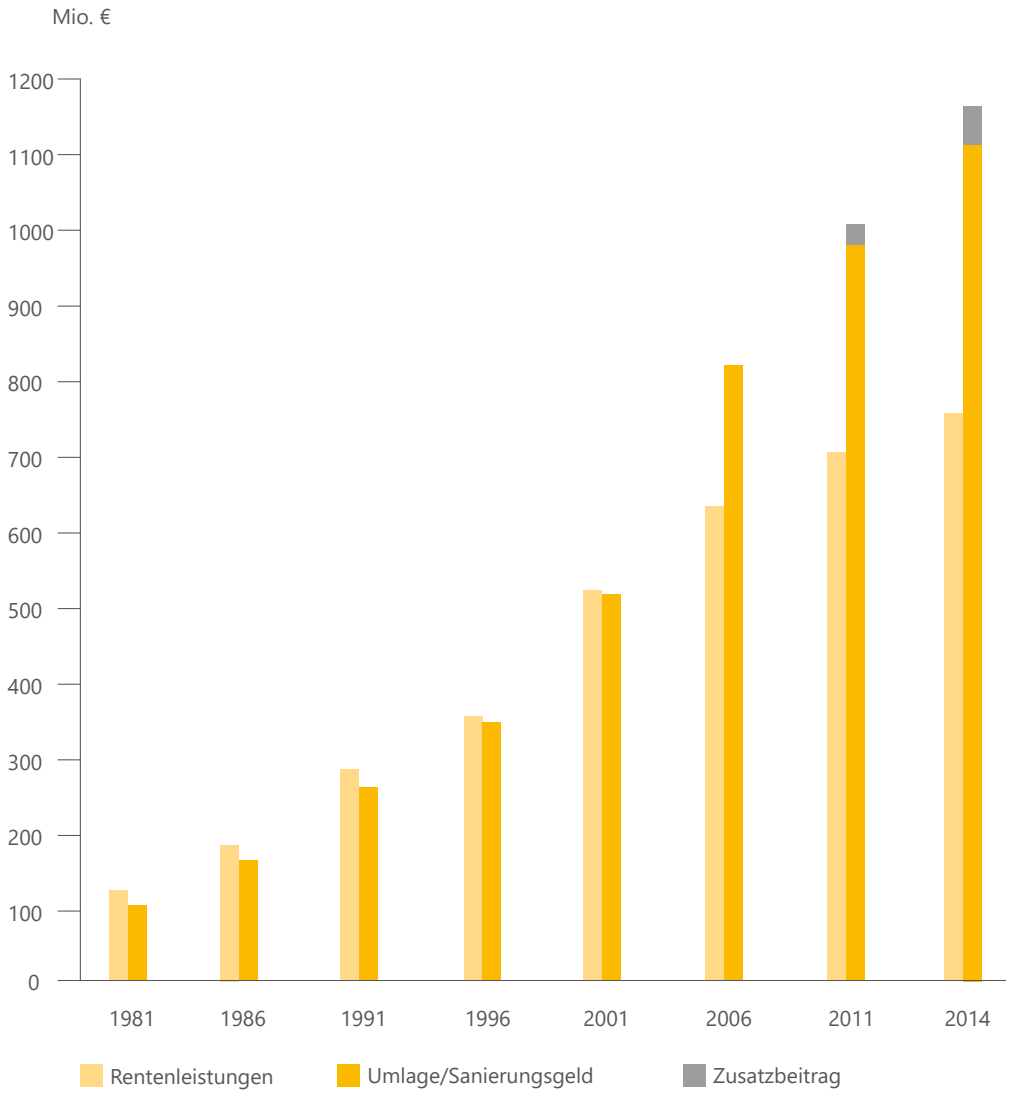
Die Versorgungslastquote stellt das **Verhältnis von Versicherten zu Betriebsrentnern** dar. Im Jahr 2014 entfielen auf 100 aktive Beschäftigte 43,8 Rentner. Vor allem der merkliche Zuwachs bei den Versicherten verhinderte einen noch stärkeren Anstieg der Versorgungslastquote trotz der weiteren Zunahme der Betriebsrentenfälle.

Entwicklung der Versicherten und Betriebsrentner in der ZVKRente



Entwicklung der

- Ausgaben für Rentenleistungen
- Einnahmen an Umlage / Sanierungsgeld / Zusatzbeitrag



ZVKRente

Abrechnungsverband II (AV II)

3

3.1 Mitglieder

„Im Abrechnungsverband II erfolgt die Finanzierung über Beiträge."

In der **ZVKRente** besteht neben dem überwiegend über Umlagen und Sanierungsgelder finanzierten Abrechnungsverband I (AV I) auch ein kapitalgedeckter, mit Beiträgen finanzierter Abrechnungsverband II (AV II). Für jeden Abrechnungsverband werden Einnahmen, Ausgaben und Kapitalanlagen gesondert verwaltet.

Der AV II ist insbesondere für Arbeitgeber gedacht, die erstmals die Mitgliedschaft bei der ZVK erwerben wollen. Da neu eintretende Arbeitgeber in der Regel keine von der ZVK zu finanzierenden Rentenansprüche oder -anwartschaften mitbringen, ist eine gegenüber dem AV I niedrigere Beitragsfinanzierung unter Inanspruchnahme der steuerlichen Vorteile des § 3 Nr. 63 Einkommensteuergesetz möglich. Mit den Beiträgen werden die neu begründeten Versicherungen vollständig ausfinanziert. Hierzu werden die vom Arbeitgeber geleisteten Beiträge zunächst angespart und verzinst. Im Rentenfall wird die laufende Rentenzahlung aus dem dann vorhandenen Deckungskapital beglichen.

Die bisherigen Mitglieder verbleiben im AV I. Ihnen steht grundsätzlich ein Wechsel in den kapitalgedeckten AV II offen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass dadurch die Umlagegemeinschaft nicht belastet wird. Deshalb ist in derartigen Fällen ein Kapitalbetrag zur Deckung der bestehenden Rentenansprüche und -anwartschaften zu entrichten. Auf die allgemeinen Erläuterungen zur Mitgliedschaft unter Ziffer 1.1 (siehe Seite 13) wird ergänzend verwiesen.

Die Veränderungen im Einzelnen:

	Stand 31.12.2013	**Stand 31.12.2014**	Veränderungen
Stadtkreise	0	**0**	
Große Kreisstädte	0	**0**	
Sonstige Städte und Gemeinden	3	**3**	
Landkreise	0	**0**	
Zweckverbände	9	**10**	+ 1
Sparkassen und deren Einrichtungen	1	**1**	
Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen	38	**39**	+ 1
Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentl. Rechts	3	**3**	
Andere Arbeitgeber	91	**115**	+ 24
Insgesamt	**145**	**171**	**+ 26**

Die zugegangenen Arbeitgeber haben 2014 alle erstmals die Mitgliedschaft bei der ZVK erworben.

3.2 Versicherte in der kapitalgedeckten ZVKRente

Auf die allgemeinen Erläuterungen zur Versicherung in der **ZVKRente** im AV I unter Ziffer 2.2 wird verwiesen (siehe dazu Seite 22).

Zum Ende des Berichtsjahres waren in Scheidungsverfahren durch Familiengerichte insgesamt 54 eigenständige Betriebsrentenanwartschaften durch Realteilung der in der Ehezeit erworbenen Rentenanwartschaften - in Form der beitragsfreien Versicherung - begründet worden (siehe dazu auch Ziffer 5.4 auf Seite 58).

Gesamtentwicklung

Bestand ZVKRente	Stand 31.12.2013	**Stand 31.12.2014**	Änderungen gesamt Anzahl	Änderungen gesamt %
Versicherte	5.192	**6.127**	+ 935	+ 18,0
beitragsfrei Versicherte	2.054	**2.535**	+ 481	+ 23,4
(davon Ausgleichsberechtigte aufgrund Realteilung)	(16)	**(54)**	(38)	(237,5)
Insgesamt	**7.246**	**8.662**	**+ 1.416**	**+ 19,5**

Versicherte nach Mitgliedergruppen

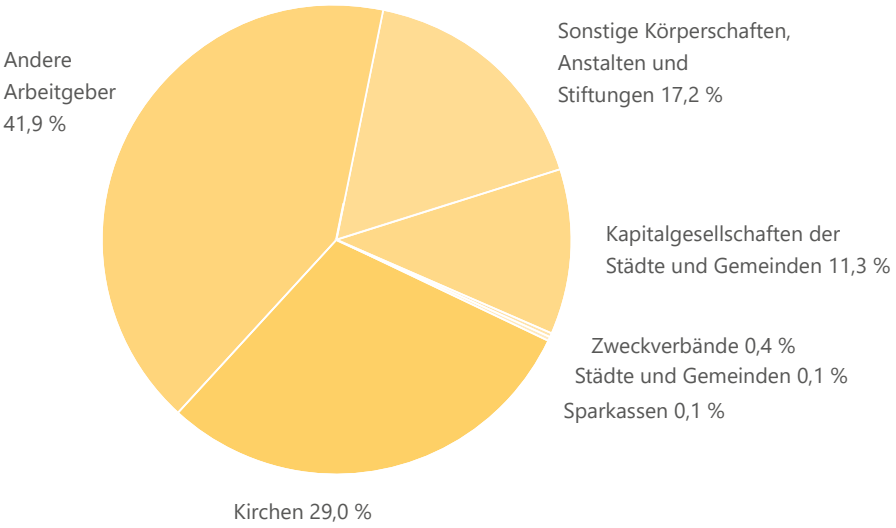
Bestand ZVKRente	Stand 31.12.2013	**Stand 31.12.2014**	Änderungen gesamt Anzahl	Änderungen gesamt %
Städte und Gemeinden	8	**8**	0	0
Landkreise	0	**0**	0	0
Sparkassen	3	**3**	0	0
Kirchen	1.668	**1.779**	+ 111	+ 6,7
Andere Arbeitgeber	3.513	**4.337**	+ 824	+ 23,5
Insgesamt	**5.192**	**6.127**	**+ 935**	**+ 18,0**

Die Zugänge bei den Versicherten sind im Wesentlichen auf die Aufnahme neuer Mitglieder zurückzuführen (siehe dazu Ziffer 3.1 auf Seite 40).

Aufteilung der Versicherten in der ZVKRente auf die Mitgliedergruppen

	2014					
	alle Beschäftigten		Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Große Kreisstädte						
Stadtkreise						
Sonstige Städte und Gemeinden	8	0,1	1	0,0	7	0,1
Kapitalgesellschaften der Städte und Gemeinden	698	11,3	570	9,2	128	2,1
Zweckverbände	20	0,4	10	0,2	10	0,2
Landkreise						
Sparkassen	3	0,1	2	0,1	1	0,0
Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen	1.779	29,0	271	4,4	1.508	24,6
Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	1.054	17,2	224	3,7	830	13,5
Andere Arbeitgeber	2.565	41,9	1.003	16,4	1.562	25,5
Insgesamt	6.127	100,0	2.081	34,0	4.046	66,0

Aufteilung der Versicherten in der ZVKRente nach Mitgliedergruppen (Stand: 31.12.2014)



Bestandsveränderungen Versicherte in der ZVKRente

Jahr	Versicherte	Nettozugang		Ø - Alter
		Anzahl	%	
2004	255	-	-	43,2
2005	1.226	971	380,8	43,2
2006	1.753	527	43,0	42,7
2007	2.041	288	16,4	42,8
2008	2.566	525	25,7	42,0
2009	3.032	466	18,2	42,0
2010	3.376	344	11,3	42,1
2011	3.835	459	13,6	42,2
2012	4.479	644	16,8	42,4
2013	5.192	713	15,9	42,7
2014	**6.127**	**935**	**18,0**	**43,0**

Durchschnittsalter der Versicherten in der ZVKRente

	2013			**2014**		
	Anzahl	%	Ø - Alter	**Anzahl**	**%**	**Ø - Alter**
Männer	1.531	29,5	42,8	**2.081**	**34,0**	**43,2**
Frauen	3.661	70,5	42,6	**4.046**	**66,0**	**43,0**
Alle	**5.192**	**100,0**	**42,7**	**6.127**	**100,0**	**43,0**

Mindestversicherungszeit

Im Berichtsjahr erfüllten von

- 6.127 Versicherten 3.058 (= 49,9 %) und von
- 2.535 beitragsfrei Versicherten 554 (= 21,9 %)

die zur Begründung eines Leistungsanspruchs erforderliche Wartezeit von 60 Versicherungsmonaten.

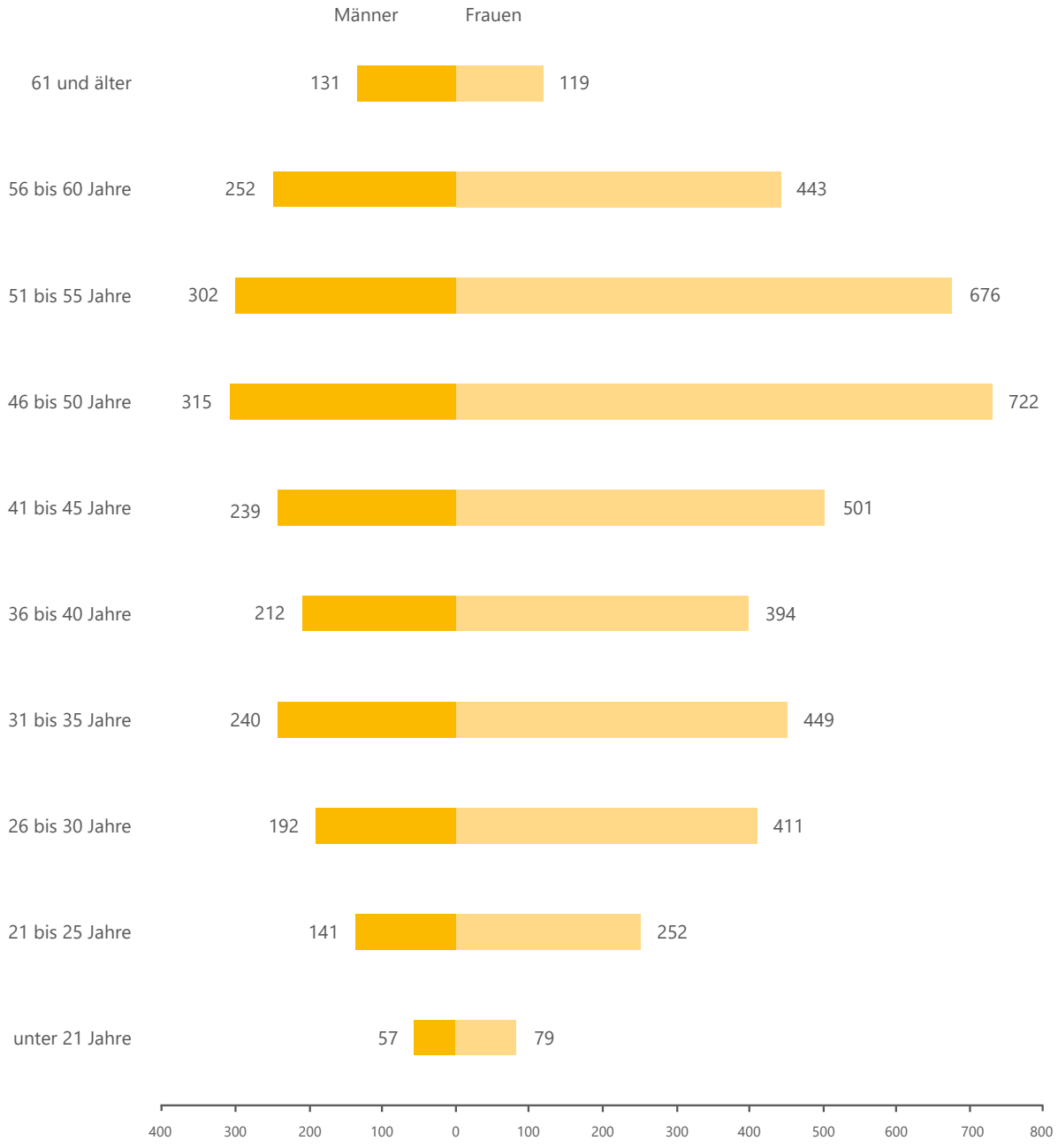
Anzahl der Versicherten, die Altersteilzeitarbeit leisten

Jahr	vor dem 01.01.2003 vereinbart	nach dem 31.12.2002 vereinbart	Gesamt	Veränderungen	
				Anzahl	%
2004	8	5	13	-	-
2005	29	21	50	37	284,6
2006	23	49	72	22	44,0
2007	15	52	67	- 5	- 6,9
2008	9	49	58	- 9	- 13,4
2009	6	55	61	3	5,2
2010	2	46	48	- 13	- 21,3
2011	2	39	41	- 7	- 14,6
2012	1	34	35	- 6	- 14,6
2013	0	25	25	- 10	- 28,6
2014	**0**	**22**	**22**	**- 3**	**- 12,0**

Während einer Altersteilzeit (ATZ) werden die Versicherten in der Regel so behandelt, als ob sie 90 % ihres Entgelts vor ATZ beziehen würden. An der unmittelbaren Finanzierung des daraus resultierenden zusätzlichen Aufwands beteiligen sich die Arbeitgeber erstmals für Versicherte, mit denen die Altersteilzeit nach 31.12.2002 vereinbart wurde.

Altersstruktur der Versicherten in der ZVKRente

(Stand: 31.12.2014)



Das Durchschnittsalter beträgt 43,0 Jahre.

3.3 Einnahmen aus Beiträgen in die ZVKRente

Im AV II (Kapitaldeckung) werden auf Basis der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte Beiträge erhoben. Die Verbuchung erfolgt auf dem jeweiligen Versicherungskonto des Beschäftigten. Das dort angesparte Kapital dient zusammen mit den Zinserträgen der Finanzierung der künftigen Rente des Versicherten.

Der **Beitragssatz** beträgt seit 01.07.2012 4,8 % des laufenden zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

	2014
Auf dieser Grundlage ergeben sich Einnahmen von	**8,1 Mio. €**
Gegenüber dem Vorjahr mit einem Aufkommen von	**7,4 Mio. €**
betragen die Mehreinnahmen	**0,7 Mio. €**
Das ist eine Zunahme von rund	**9,5 %**

Die Mehreinnahmen beruhen im Wesentlichen auf

- dem Zugang von Mitgliedern und Versicherten sowie
- einer Erhöhung der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte infolge tariflicher Anpassungen zum 01.03.2014 um 3 % (mind. 90 €) und
- einer einmaligen Pauschalzahlung von 360 €.

3.4 Überleitungen

Auf die allgemeinen Erläuterungen zu den Überleitungen im AV I unter Ziffer 2.4 wird verwiesen (siehe dazu Seite 32).

Überleitungen	an andere Kassen		von anderen Kassen	
	Fälle	€	Fälle	€
2014	**117**	**481.602**	**1.119**	**5.457.807**

3.5 Leistungen aus der ZVKRente

Ende 2014 erhielten 300 Rentner die vom Arbeitgeber beitragsfinanzierte Betriebsrente.

Die insgesamt von der ZVK erbrachten Rentenleistungen beliefen sich auf ca. 270.000 €. Die gegenüber dem Vorjahr um 33 % gestiegenen Aufwendungen sind insbesondere auf den Reinzugang von 59 Rentenfällen sowie auf die tarifvertragliche Anpassung der Betriebsrenten zum 01.07. des Jahres um 1 % zurückzuführen.

Im Übrigen wird auf die allgemeinen Ausführungen unter Ziffer 2.5 (siehe Seite 33) verwiesen.

	2013		**2014**		Veränderungen	
	Anzahl	Aufwand €	**Anzahl**	**Aufwand €**	Anzahl	Aufwand €
Renten an ehemalige Versicherte	218	192.228	**274**	**258.104**	+ 56	+ 65.876
Witwen- bzw. Witwer-renten	13	9.308	**15**	**9.656**	+ 2	+ 348
Waisen-renten	10	1.599	**11**	**2.325**	+ 1	+ 726
Insgesamt	241	203.135	**300**	**270.085**	+ 59	+ 66.950
Abfindungen	**2**	**1.514**	**3**	**1.649**	**+ 1**	**+ 135**

ZVKPlusRente

4

„Mit der ZVKPlusRente fühle ich mich bestens versorgt.“

4.1 Allgemeines

Aufgrund eines tarifvertraglichen Auftrags bietet die ZVK im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung die **ZVKPlusRente** zu attraktiven Bedingungen an. Die Beschäftigten der Mitglieder können ihre Betriebsrente (ZVKRente) mit eigenen Beiträgen unter Inanspruchnahme der staatlichen Förderung (Steuerersparnis und/oder Zulagen) aufstocken.

Die **ZVKPlusRente** wird in einem eigenen Abrechnungsverband - getrennt von der **ZVKRente** - geführt.

4.2 Leistungsvoraussetzungen und -umfang

Die **ZVKPlusRente** bezieht neben der Altersrente auch die Erwerbsminderungsrente und die Hinterbliebenenversorgung ein. Der Versicherungsschutz besteht bereits ab der ersten Beitragszahlung, also ohne Erfüllung einer Mindestversicherungszeit.

Im aktuellen Tarif profitieren die Versicherten von einer **Garantierente** auf der Basis einer Mindestverzinsung von 2,25 %. Die Beitragshöhe kann jederzeit für die Zukunft geändert werden. Bei finanziellen Engpässen können die Zahlungen auch ruhend gestellt werden.

Leistungen aus der **ZVKPlusRente** können auf Antrag ab Vollendung des 62. Lebensjahrs gewährt werden. Sie werden in der Folge jedes Jahr jeweils zum 1. Juli um 1 % erhöht.

Staatliche Förderung

Die Förderung der **ZVKPlusRente** erfolgt in Form von staatlichen Zulagen bei der Riesterrente oder durch Ersparnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei der Entgeltumwandlung. Die optimale Förderung hängt sehr stark von der individuellen steuerlichen Situation der Versicherten ab. Deshalb sollten sich Interessierte eine Beispielsberechnung erstellen bzw. sich intensiv beraten lassen.

Riester-Förderung

Wenn der Arbeitgeber vom **Nettogehalt** Beiträge für die **ZVKPlusRente** abführt, beteiligt sich der Staat primär mit Zulagen und ggf. darüber hinaus auch mit Steuerentlastungen. Zudem gibt es für junge Leute, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, einen einmaligen Berufseinsteiger-Bonus von 200 €.

Entgeltumwandlung

Überweist der Arbeitgeber einen **Teil des Bruttogehalts** zu Gunsten der **ZVKPlusRente**, so können dadurch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gespart werden. Durch den Wegfall der Sozialversicherungsbeiträge für die umgewandelten Vergütungs-bestandteile können unsere Mitglieder ihre Personalkosten senken.

4.3 Vertragsbestand und Einnahmen

Verträge	2013 Anzahl	**2014 Anzahl**	Veränderungen Anzahl	%
Entgeltumwandlungen	13.192	**13.565**	+ 373	+ 2,8
Riester-Renten	17.834	**17.449**	- 385	- 2,2
Höherversicherungen durch Arbeitgeber	103	**114**	+ 11	+ 10,7
Insgesamt	**31.129**	**31.128**	**- 1**	**0,0**

Einnahmen	2013 Mio. €	**2014 Mio. €**	Veränderungen Mio. €	%
Beitragseingänge	23,1	**23,3**	+ 0,2	+ 0,9
Staatliche Zulagen (Riester-Förderung)	3,4	**3,1**	- 0,3	- 8,8
Insgesamt	**26,5**	**26,4**	**- 0,1**	**- 0,4**

4.4 Leistungen

Betriebsrenten	2013 Anzahl	2013 Aufwand €	**2014 Anzahl**	**2014 Aufwand €**	Veränderungen Anzahl	Veränderungen Aufwand €
Renten an ehemalige Versicherte	2.381	1.304.765	**3.054**	**1.792.336**	+ 673	+ 487.571
Witwen- bzw. Witwerrenten	103	27.581	**119**	**33.824**	+ 16	+ 6.243
Waisenrenten	65	3.304	**71**	**3.661**	+ 6	+ 357
Insgesamt	2.549	1.335.650	**3.244**	**1.829.821**	+ 695	+ 494.171
Abfindungen	**19**	**105.675**	**31**	**168.960**	**+ 12**	**+ 63.285**

5 WEITERE INFORMATIONEN

5.1 Öffentlichkeitsarbeit; Veranstaltungen der ZVK

„Seit 2014 ergänzen Webinare unser Veranstaltungsangebot."

Die ZVK ist an ihren Kunden dran und das im positiven Sinne. Einen besonderen Stellenwert beim Kundenservice genießt das Informations- und Schulungsangebot. Vor allem die Veranstaltungen zur Zusatzversorgung erfreuen sich einer hohen Nachfrage, die Referenten und Berater der ZVK sind gut gebucht.
Um den Bedürfnissen der Kunden noch besser gerecht zu werden, ergänzen seit dem Berichtsjahr 2014 **Webinare** das Veranstaltungsportfolio der ZVK. Diese neue Seminarform bietet Teilnehmern die Gelegenheit, direkt vom Arbeitsplatz aus über das Internet Vorträge zu Themen rund um die Zusatzversorgung zu besuchen. 2014 konnten bereits 135 Teilnehmer registriert werden. Diese beurteilten das Angebot zusammenfassend als „zielgerichtet, kompakt und ökonomisch".

Außerdem führte die ZVK im Berichtsjahr 2014 folgende Präsenztermine durch: Zur Information der Versicherten fuhr das Referenten-Team der ZVK für rund **40 Infoveranstaltungen** zu den Mitgliedern vor Ort. Daneben fanden - zumeist in Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung - **29 Beratungstage** statt, bei denen Kunden zu ihrer individuellen Versorgungssituation informiert wurden.

In **acht Grundlagenseminaren** schulte die ZVK in ihren Dienststellen in Karlsruhe und Stuttgart 191 Teilnehmer zum Zusatzversorgungsrecht. Das Grundlagenseminar richtete sich insbesondere an Mitarbeiter von Personalstellen, die neu mit der Aufgabe der Zusatzversorgung betraut waren. Außerdem nahm die ZVK mit Vorträgen zur betrieblichen Altersversorgung im öffentlichen Dienst an den **Grundlehrgängen „Personalrecht"** der Verwaltungsschule des Gemeindetags Baden-Württemberg teil.

5.2 Informationsservice der ZVK

Die ZVK berät nicht nur vor Ort und am Servicetelefon, sie hält ihre Kunden auch regelmäßig schriftlich auf dem Laufenden.
Versicherte erhalten jährlich ein Versorgungskonto. Damit informiert die ZVK ihre Kunden über den Stand der **ZVKRente** und der **ZVKPlusRente** zum 31.12. des Vorjahres. Im Jahr 2014 wurden ca. 508.000 dieser Schreiben verschickt.

Daneben erhalten auch Leistungsempfänger einmal im Jahr Post von der ZVK: Die Leistungsmitteilung. Diese gibt Auskunft über die im Vorjahr bezogene Rente einschließlich der abgeführten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge. Im Berichtsjahr erhielten ca. 205.000 Rentenempfänger diese Information.

Wichtige Neuigkeiten rund um die Zusatzversorgung erhalten die Kunden regelmäßig über **Rundschreiben und Newsletter**.
2014 wurden die Mitglieder und Newsletter-Abonnenten mit vier Mitgliederrundschreiben und 16 Newslettern zu diversen Themen informiert.
Auch die Nachfrage nach dem **Online-Service** ist konstant hoch. Rund 5.400 Nutzer hatten im Berichtsjahr die ZVK-Newsletter abonniert.

5.3 Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag der Rentner

207.453 Rentenempfänger unterlagen im Jahr 2014 grundsätzlich der Kranken- und Pflegeversicherungspflicht (2013: 203.020). Davon waren in 189.036 Fällen (2013: 184.862) Beiträge an die verschiedenen Krankenkassen abzuführen. In den übrigen Fällen wurde entweder die Geringfügigkeitsgrenze von 138,26 € beim beitragspflichtigen Bezug nicht überschritten oder es lag Beitragsfreiheit vor. Die Summe der an die Krankenkassen abgeführten Beiträge belief sich auf rund 116 Mio. € (2013: ca. 115 Mio. €).

5.4 Eheversorgungsausgleich

Im Berichtsjahr waren den Familiengerichten 3.204 Auskünfte über die Höhe der erworbenen Anwartschaften und Ansprüche zu erteilen (2013: 4.051). Im Jahr 2014 wurde auf der Grundlage der eingegangenen Entscheidungen der Familiengerichte in 1.530 Fällen eine **Realteilung** vorgenommen (2013: 2.024).
Für ausgleichsberechtigte frühere Ehegatten wurden 1.135 (2013: 1.745) eigenständige Betriebsrentenanwartschaften begründet.

Die **Erstattungsforderungen der Rentenversicherungsträger** im Jahr 2014 für 2.224 (2013: 2.127) laufende Rentenzahlungen aufgrund eines Versorgungsausgleichs aus der Zeit vor Einführung der Realteilung im Jahr 2009 (Quasi-Splitting) beliefen sich auf rund 1,4 Mio. € (2013: 1,4 Mio. €). **Zum Ausgleich dieser Aufwendungen** werden die Renten der Ausgleichspflichtigen gekürzt. Die Kürzungen in 4.087 Fällen (2013: 3.785) erbrachten im Jahr 2014 eine Aufwandsreduzierung von rund 3,3 Mio. € (2013: 3,1 Mio. €).

RISIKOBERICHT

6

6.1 Risikomanagement bei der ZVK: Ganzheitlicher Ansatz

Die ZVK verfolgt einen ganzheitlichen Risikomanagement-Ansatz. Risikomanagement wird als die systematische, zielorientierte Steuerung von Faktoren verstanden, die negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ZVK haben könnten. Der Fokus des Risikomanagements liegt auf den für die weitere Entwicklung wesentlichen Risiken (Materialitätsprinzip), wobei die grundsätzlich risikominimierenden Spezifika einer Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung zu berücksichtigen sind (Proportionalitätsprinzip).

Der von der ZVK verfolgte Risikomanagement-Ansatz ist insoweit ganzheitlich, als mehrere Perspektiven in die Betrachtung integriert werden:

- Risikomanagement im institutionellen Sinne ist gerichtet auf die aufbauorganisatorische Einbettung des Risikomanagements
- Risikomanagement im funktionalen Sinne betrachtet die ablauforganisatorischen Prozesse
- Risikomanagement im instrumentellen Sinne ist gerichtet auf die zur Steuerung bestimmter Risikokategorien geeigneten Instrumente

6.2 Risikomanagement als Institution: Organisatorische Einbettung

Um dem Aspekt der Funktionstrennung, d. h. der organisatorischen Separierung des Eingehens und der Überwachung von Risiken, gerecht zu werden, ist das Management aller wesentlichen Risiken als zentrale Steuerungsaufgabe in einer beim Direktor angesiedelten Abteilung gebündelt. Insbesondere ist damit das Risikomanagement

der Kapitalanlagen auf eine von der Kapitalanlageseite organisatorisch getrennte Einheit übertragen. Zudem sind Front Office (Wertpapier-Handel) und Back Office (Wertpapier-Verwaltung) in zwei unabhängigen Abteilungen angesiedelt.

Außerdem ist die interne Prüfung als Revisionsinstanz dafür zuständig, das gesamte Risikomanagement-System zu prüfen.

6.3 Risikomanagement als Funktion: Prozessuale Abwicklung

Das Risikomanagement für die ZVK wird im Rahmen eines systematischen Prozesses vollzogen. Im Rahmen dieses Prozesses werden die wesentlichen Risikotreiber regelmäßig identifiziert, analysiert, bewertet, aggregiert, gesteuert und überwacht.

Darüber hinaus wird die Prüfung nach einem risikoorientierten Prüfungsansatz durchgeführt. Die interne Prüfung richtet ihre Prüfungsintensität hierbei an dem im jeweiligen Geschäftsprozess der ZVK liegenden Risiko aus.

Sämtliche Risikodaten fließen in ein differenziertes Reportingsystem mit separierten Berichtswegen ein.

6.4 Risikomanagement als Instrument: Spezifische Steuerung

Für die angemessene Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken bei der ZVK bestimmten Risikokategorien zugeordnet. Abhängig von der Zuordnung erfolgt die Risikosteuerung unter Berücksichtigung der Spezifika der (Teil-)Risikokategorien mit Hilfe geeigneter quantitativer und/oder qualitativer Instrumente.

6.4.1 Strategisches Risiko

Die ZVK sieht sich in strategischer Hinsicht sowohl mit dem faktischen Wettbewerb (Riesterprodukte anderer Anbieter als Konkurrenz zur ZVKPlusRente) als auch grundsätzlich mit dem möglichen Wettbewerb (nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der ZVKRente) konfrontiert. Insgesamt betrachtet wurde in den letzten Jahren durch langfristig ausgerichtete strukturelle und prozessuale Umstrukturierungen das Fundament für einen erfolgreichen Wandel von einer Behörde zu einem öffentlich-rechtlichen Dienstleister gelegt und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der ZVK nachhaltig gestärkt.

6.4.2 Risiko aus Kapitalanlagen

Das Kapitalanlagerisiko setzt sich überwiegend aus Zinsänderungs- und Kursrisiko, Währungsrisiko sowie Bonitätsrisiko zusammen. Die ZVK orientiert sich an den geltenden versicherungsaufsichtsrechtlichen Bestimmungen im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Daneben werden die Empfehlungen zur Vermögensanlage sowie zum Risikomanagement der AKA (Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V.) berücksichtigt.

Die Kapitalanlagen der ZVK werden auf der Grundlage interner Anlagerichtlinien so allokiert, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Zur Reduzierung der Risiken wird das Kapital überwiegend im Euroraum und in festverzinslichen Wertpapieren (ca. $^{2}/_{3}$ des Gesamtanlagevolumens) angelegt, die weitgehend nach einem so genannten Buy-and-Hold-Ansatz (Halten bis zur Endfälligkeit) verwaltet werden.

Außerdem erfolgt eine sorgfältige Auswahl von Emittenten, vorrangig unter der Berücksichtigung von Ratings anerkannter Ratingagenturen. Neben dem von unabhängigen Agenturen aufgestellten Rating wird in der Rentendirektanlage viel Wert auf eine vorhandene Einlagensicherung oder Institutssicherung gelegt. Darüber hinaus gibt es für den Rentendirektbestand ein internes Bonitätsbewertungssystem, das sich auf die Analyse wichtiger Kennzahlen zur Kapitalstruktur der Emittenten stützt.

Das Vermögen ist neben dem selbst verwalteten Bestand an festverzinslichen Wertpapieren insbesondere in Wertpapierspezialfonds angelegt. Zur Absicherung der dort auftretenden Risiken, insbesondere des Kursrisikos, sind geeignete Instrumentarien (z. B. Risiko-Overlay, Wertuntergrenzensteuerung) implementiert.

6.4.3 Versicherungstechnisches Risiko

Da einerseits die durchschnittliche Laufzeit der Verpflichtungen die Laufzeit der am Markt erhältlichen Rentenpapiere deutlich übersteigt und andererseits das Zinsniveau an den Kapitalmärkten deutlich gesunken ist, ist die ZVK einem Zinsgarantierisiko dergestalt ausgesetzt, dass die an die Verzinsung der Verpflichtungen (Passivseite) gestellten Vorgaben nicht nachhaltig über entsprechende Renditen

des angelegten Kapitals (Aktivseite) finanziert werden können. Dies gilt insbesondere für die ausschließlich im Wege der Kapitaldeckung finanzierten Abrechnungsverbände (Abrechnungsverband II und ZVKPlusRente) und für den Fall, dass die Marktzinsen dauerhaft auf einem niedrigen Niveau bleiben. Um jenem Szenario entgegenzuwirken, sind den festverzinslichen Wertpapieren - basierend auf den erstellten Asset-Liability-Studien - weitere Assetklassen (z. B. Aktien, Immobilien) beigemischt, wodurch die Vorteile risikominimierender Diversifikationseffekte mit den Chancen auf eine höhere Rendite kombiniert werden. Zudem wird die Erreichung der vorgegebenen Zinsziele regelmäßig in Abstimmung mit dem externen Aktuar geprüft.

Als weiteres versicherungstechnisches Risiko ist das unmittelbar mit der Struktur der Verpflichtungen zusammenhängende biometrische Risiko zu betrachten. Hierunter fallen alle Risiken, die im direkten Zusammenhang mit dem Leben der Versicherten stehen (z. B. vorzeitiger Todesfall, Langlebigkeit, Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit, Unfalltod, schwere Erkrankung und Pflegebedürftigkeit).

Zur Steuerung dieser Risiken werden in Abstimmung mit dem externen Aktuar faktische und fiktive Deckungsrückstellungen auf der Basis von Rechnungsgrundlagen gebildet, die - soweit statistisch möglich - auf die biometrischen Verhältnisse der jeweiligen Abrechnungsverbände der ZVK abstellen. Inwieweit die zu Grunde liegenden Annahmen die biometrischen Verhältnisse in geeigneter Weise beschreiben, unterliegt der regelmäßigen Beobachtung und Kontrolle durch den externen Aktuar.

Angesichts des derzeitigen Kapitalmarktumfelds mit seinem historischen Niedrigzinsniveau und der fehlenden Aussicht auf einen nachhaltigen Zinsanstieg hat der externe Aktuar inzwischen die Angemessenheit der Zinsanforderungen in den ausschließlich im Wege

der Kapitaldeckung finanzierten Abrechnungsverbänden hinterfragt. Vor diesem Hintergrund werden mit dem externen Aktuar zeitnah weitere notwendige und geeignete Maßnahmen abgestimmt, die die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungen auch in einem sich weiter ungünstig entwickelnden Kapitalmarktumfeld sicherstellen.

6.4.4 Risiko aus der Verknüpfung von Kapitalanlagen und Verpflichtungen

Zentrales Element des Risikomanagements ist die regelmäßige Erstellung und Weiterentwicklung von Asset-Liability-Studien in Zusammenarbeit mit einer externen Beratungsgesellschaft und dem externen Aktuar. Ziel dieser Analysen ist, die künftige Entwicklung von Verpflichtungen und Vermögensanlagen für die ZVK zu simulieren und optimal aufeinander abzustimmen. Anhand von aktuariellen Projektionen und stochastischen Simulationen von voroptimierten Kapitalanlageportfolien wird die Anlagestrategie unter Beachtung bilanzieller Restriktionen aus der durch die Passivseite gegebenen Renditeverpflichtung abgeleitet.

Ergebnis dieser Analysen ist insbesondere eine Aussage über die strategisch anzustrebende Zusammensetzung des Kapitalanlageportfolios. Die wesentlichen Handlungsoptionen in der Anlagestrategie werden damit hinsichtlich ihrer Rendite- und Risikokonsequenzen verdeutlicht.

Daneben ist das Liquiditätsrisiko - also das Risiko, die fälligen Verpflichtungen nicht jederzeit (fristgerecht) und uneingeschränkt begleichen zu können - zu betrachten. Im Zuge eines bei der Abteilung Controlling und Finanzen eingerichteten Liquiditätsmanagements werden die Fristigkeiten und Höhen der Einnahmen vorausschauend an die zu erwartenden Ausgaben der ZVK angepasst.

6.4.5 Operationelles Risiko

Im Rahmen des operationellen Risikos lassen sich insbesondere personelle, prozessuale, rechtliche und IT-Risiken unterscheiden.

Aufgrund der großen Bedeutung qualifizierter und motivierter Mitarbeiter für die ZVK soll ein bestehendes Personenrisiko möglichst frühzeitig identifiziert, bewertet und hierdurch abgeschwächt oder ganz bewältigt werden. Kompetente und engagierte Mitarbeiter langfristig zu binden bzw. neu zu gewinnen, gehört vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des intensiven Wettbewerbs am Arbeitsmarkt zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren. Um dem Verlust von Fach- und Führungskräften entgegenzuwirken, bietet die ZVK grundsätzlich sichere Arbeitsplätze mit interessanten Entwicklungsperspektiven bei leistungsgerechter Vergütung, guten Fortbildungsmöglichkeiten und einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Work-Life-Balance). In Anbetracht des absehbaren Risikos eines Fachkräftemangels wurde der Bereich Personalentwicklung weiter intensiviert.

Das Prozessrisiko umfasst das Risiko, dass die Geschäftsprozesse fehlerhaft oder ineffizient ausgestaltet sind. Zur Identifikation, Umstrukturierung und Optimierung solcher Prozesse wurde bei der ZVK eine umfassende softwaregestützte Geschäftsprozessmodellierung eingeführt. Hierdurch lassen sich mögliche unwirtschaftliche Informations- und Entscheidungswege sowie Geschäftsabläufe vermeiden. Außerdem ist eine adäquate, flexiblere und schnelle Anpassung der vorhandenen Geschäftsprozesse an neue Anforderungen aufgrund aktueller rechtlicher Entwicklungen möglich. Darüber hinaus stellt das Geschäftsprozessmodell die Basis des risikoorientierten Prüfungsansatzes der Prüfungsabteilung dar.

Da grundlegende Änderungen in der Altersversorgungspolitik auch größere Auswirkungen auf die Zusatzversorgung haben können, nimmt die ZVK die Interessen ihrer Mitglieder und Versicherten im politischen Meinungsbildungsprozess über die AKA (Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V.) aktiv wahr. Um bezüglich der Gesetzgebung und Rechtsprechung jederzeit auf dem aktuellen Stand zu sein, werden die Entwicklungen und Änderungen von der ZVK kontinuierlich und systematisch verfolgt und frühzeitig in das laufende Geschäft übertragen.

Die Abbildung von Rechtsänderungen in den in der Sachbearbeitung genutzten DV-Verfahren wird über einen regelbasierten Prozess (DV-Anforderungsmanagement) möglichst kosten- und zeiteffizient gesteuert.

Das IT-Risiko beinhaltet im Wesentlichen längere EDV-Ausfälle sowie umfangreiche Datenverluste. Zur Vermeidung dieses Risikos kann die ZVK auf einen hausinternen DV-Bereich zurückgreifen, welcher mit umfangreicher Hard- und Software ausgestattet ist. Die Serveranlagen verfügen über die übliche Sicherheitstechnik. Über verschiedene Kooperationen ist eine umfangreiche IT-Sicherheit gewährleistet.

6.4.6 Reputationsrisiko

Sollten in Abstimmung mit dem externen Aktuar Maßnahmen umgesetzt werden, um die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungen auch in einem sich weiter ungünstig entwickelnden Kapitalmarktumfeld sicherzustellen, ist dies angemessen zu kommunizieren. Ein wesentliches Reputationsrisiko - im Sinne negativer wirtschaftlicher Auswirkungen, die aus einer Schädigung des Rufs der ZVK entstehen können - ist im Übrigen derzeit nicht erkennbar.

7

RECHTSMITTEL-VERFAHREN

Die Rechtsbeziehungen zwischen der ZVK und ihren Mitgliedern und Versicherten bestimmen sich nach den privatrechtlich ausgestalteten Vorschriften der Satzung. Für Rechtsstreitigkeiten wird damit grundsätzlich der Zivilrechtsweg eröffnet. Örtlich und sachlich zuständiges Gericht des ersten Rechtszuges ist je nach Höhe des Streitwerts in der Regel das Amtsgericht oder das Landgericht Karlsruhe.

Zu Beginn des Berichtszeitraums waren noch acht Prozesse aus den Vorjahren anhängig, von denen einer im Laufe des Jahres 2014 mit einem Vergleich abgeschlossen werden konnte. Zu den übrigen sieben Verfahren kamen im Berichtszeitraum neun weitere hinzu, von denen eines mit einem Urteil zu Gunsten der ZVK endete.
Am 31.12.2014 standen somit noch 15 Klagen zur Entscheidung an.

Der KVBW ist mit seiner ZVK seit 01.04.1983 Beteiligter an Ehescheidungsverfahren, soweit der Versorgungsausgleich betroffen ist. Gegen die im ersten Rechtszug ergangenen Entscheidungen kann er das Rechtsmittel der Beschwerde zum Oberlandesgericht sowie das der Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof einlegen. Der öffentlich-rechtliche Ausgleich von Anrechten aus der Zusatzversicherung geschah früher im Wege des sogenannten Quasi-Splittings durch Begründung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung. In Verfahren, die nach dem Inkrafttreten des Versorgungsausgleichsgesetzes zum 01.09.2009 anhängig gemacht wurden, erfolgt der Ausgleich durch Realteilung, so dass die ausgleichsberechtigte Person ein eigenständiges Anrecht bei der ZVK erwirbt.

Neben den bereits anhängigen 29 Beschwerdeverfahren beschritt die ZVK im Berichtsjahr gegen sechs familiengerichtliche Entscheidungen den Rechtsweg zu den Oberlandesgerichten.

Die Beschwerdegerichte gaben dem eingelegten Rechtsmittel in 29 Fällen statt, in einem wurde die Beschwerde zurückgewiesen und in einem weiteren Fall wurde die Beschwerde zurückgenommen.

Am 31.12.2014 standen noch vier Fälle zur Entscheidung bei den Oberlandesgerichten an.

Zum Sachvermögen der ZVK zählt u. a. deren selbst verwalteter Immobilienbestand mit derzeit etwa 2.100 Wohn- und 100 Gewerbeeinheiten. Bei der Vermietung dieser Objekte lassen sich Rechtsstreitigkeiten (etwa wegen Mieterhöhungsverlangen, Räumungs- und Zahlungsklagen etc.) nicht immer vermeiden. Zu Beginn des Geschäftsberichtsjahres 2014 war noch ein Verfahren aus dem Vorjahr bei Gericht anhängig; es erging ein Urteil zulasten der ZVK.
Im Laufe des Jahres 2014 kamen sieben neue Klageverfahren hinzu, wovon sechs durch die ZVK eingeleitet wurden. In zwei Fällen wurden Versäumnisurteile erlassen, in einem weiteren erging ein Urteil, überwiegend zu Gunsten der ZVK. Vier Verfahren waren zum Ende des Berichtsjahres noch bei den Gerichten anhängig.

JAHRESABSCHLUSS 2014

Gewinn- und Verlustrechnung - Bilanz zum 31.12.2014
- Gesamtergebnis ZVKRente
(Abrechnungsverband I und II)
und ZVKPlusRente -

8.1 Gewinn- und Verlustrechnung 2014

(konsolidiert)

Erträge	€	€	€
Erträge aus dem Kassenzweck			**1.218.948.788**
Umlagen, Sanierungsgelder, Beiträge	1.197.485.525		
Staatliche Zulagen	3.056.111		
Überleitungen, Erstattungen, Barwertübertragungen	16.082.636		
Kapitalbeträge im Rahmen des Versorgungsausgleichs	63.488		
Ausgleichsbeträge	2.105.123		
Verzugszinsen und Zinsen für verspätete Anmeldungen	41.637		
Sonstige Erträge aus dem Kassenzweck	114.268		
Vermögenserträge			**208.055.848**
Erträge aus Sachanlagen	21.667.258		
Erträge aus Finanzanlagen	186.003.375		
- Zinsen und Kursgewinne aus Wertpapieren		183.084.756	
- Zinsen aus Darlehen		2.918.619	
Erträge aus dem Umlaufvermögen	385.215		
Sonstige betriebliche Erträge	0		
Verwaltungserträge			**224.651**
Erträge aus Geschäftsaufträgen	219.326		
Sonstige Verwaltungserträge	5.325		
Entnahme aus dem Vermögen			**0**
Summe Erträge			**1.427.229.287**

Aufwendungen	€	€	€
Aufwendungen nach dem Kassenzweck			**784.573.713**
Renten und ähnliche Aufwendungen	768.374.386		
- Renten		764.423.849	
- Abfindungen		2.551.423	
- Sterbegelder		0	
- Erstattungen und Abfindungen im Rahmen des Versorgungsausgleichs		1.399.114	
Beitragserstattungen und Rückzahlungen	132.437		
Überleitungen, Erstattungen, Barwertübertragungen	16.066.890		
Sonstige Aufwendungen nach dem Kassenzweck	0		
Vermögensaufwendungen			**32.234.267**
Aufwendungen für Sachanlagen	11.357.210		
Aufwendungen für Finanzanlagen	20.812.583		
Aufwendungen für Verbindlichkeiten	64.474		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0		
Verwaltungsaufwendungen			**13.114.983**
Verwaltungskosten	9.654.879		
EDV-Aufwand	3.308.556		
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	151.548		
Zuführung zum Vermögen			**597.306.324**
Summe Aufwendungen			**1.427.229.287**

8.2 Bilanz zum 31.12.2014

(konsolidiert)

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013	Abweichung
	€	€	€
Anlagevermögen	**5.314.372.202**	**4.730.326.524**	**+ 584.045.678**
Sachanlagen	**198.986.889**	**199.834.702**	**- 847.813**
Bebaute Grundstücke	193.136.419	196.735.589	- 3.599.170
Anlagen im Bau	5.850.470	3.099.113	+ 2.751.357
Finanzanlagen	**5.115.385.313**	**4.530.491.822**	**+ 584.893.491**
Wertpapiere	5.045.120.090	4.441.337.404	+ 603.782.686
Baudarlehen	1.042.444	1.368.204	- 325.760
Mitgliederdarlehen	69.222.779	87.786.214	- 18.563.435
Umlaufvermögen	**199.763.416**	**192.340.619**	**+ 7.422.797**
Forderungen	**188.135.210**	**190.726.375**	**- 2.591.165**
Forderungen gegen Kreditinstitute	144.280.892	159.801.833	- 15.520.941
Mietkautionen	102.326	113.841	- 11.515
Sonstige Forderungen	43.751.992	30.810.701	+ 12.941.291
Kassenbestand	**11.628.206**	**1.614.244**	**+ 10.013.962**
Rechnungsabgrenzungsposten	**65.412.228**	**62.886.000**	**+ 2.526.228**
Summe Aktiva	**5.579.547.846**	**4.985.553.143**	**+ 593.994.703**

Passiva	31.12.2014	31.12.2013	Abweichung
	€	€	€
Eigenkapital, Rücklagen	**5.573.404.496**	**4.976.098.172**	**+ 597.306.324**
Vermögen nach § 53 der Satzung	**5.573.404.496**	**4.976.098.172**	**+ 597.306.324**
Verbindlichkeiten	**6.143.350**	**9.454.971**	**- 3.311.621**
Langfristige Verbindlichkeiten	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	**6.143.350**	**9.454.971**	**- 3.311.621**
Mietkautionen	2.514.985	2.462.303	+ 52.682
Sonstige Verbindlichkeiten	3.628.365	6.992.668	- 3.364.303
Kassenvorgriff	**0**	**0**	**0**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**0**	**0**
Summe Passiva	**5.579.547.846**	**4.985.553.143**	**+ 593.994.703**

8.3 Entwicklung des Vermögens

In der **ZVKRente** besteht neben dem über Umlage, Sanierungsgeld und Zusatzbeitrag finanzierten Abrechnungsverband I der kapitalgedeckte Abrechnungsverband II. Daneben bietet die ZVK die **ZVKPlusRente** an. Innerhalb des Vermögens der ZVK sind diese **drei Abrechnungsverbände als Teilvermögen jeweils getrennt** nachzuweisen.
Im Berichtsjahr reichten die Umlagen, die Sanierungsgelder, die Beiträge, die sonstigen satzungsmäßigen Einnahmen sowie die Vermögenserträge in allen drei Abrechnungsverbänden aus, um die laufenden Ausgaben zu decken. Darüber hinaus konnten dem Gesamtvermögen 597 Mio. € zugeführt werden.

Vermögensentwicklung	**Stand 31.12.2014**	Stand 31.12.2013	Überschuss/ Zuführung 2014
	€	€	€
Kassenvermögen nach § 53 der Satzung	**5.573.404.496**	4.976.098.172	597.306.324
davon			
ZVKRente – Abrechnungsverband I –	**5.181.999.294**	4.632.857.825	549.141.469
ZVKRente – Abrechnungsverband II –	**79.053.671**	64.026.348	15.027.323
ZVKPlusRente	**312.351.531**	279.213.999	33.137.532

8.4 Vermögensanlagen

Nach der Satzung gelten die gesetzlichen Vorschriften für die Anlage des gebundenen Vermögens bei Versicherungsunternehmen für die Vermögensanlage der ZVK entsprechend. Hierzu hat der Verwaltungsausschuss **Richtlinien für die Anlage des Vermögens** erlassen.

Bei der Vermögensanlage wird den Grundsätzen der Sicherheit, Rentabilität und ausreichender Liquidität sowie angemessener Mischung und Streuung Rechnung getragen.

Das Finanzmarktumfeld 2014 wurde wie die Jahre zuvor zu großen Teilen durch Entscheidungen der Zentralbanken bestimmt. Insbesondere die Europäische Zentralbank (EZB) führte ihre expansive Geldpolitik fort und weitete die Liquiditätsversorgung weiter massiv aus.

Geopolitische Krisen wie z. B. in der Ukraine führten zu erhöhten Schwankungen und kurzfristigen Rückschlägen an den Märkten. Diese waren für die Marktentwicklung aber auf Jahresbasis gesehen eher von untergeordneter Bedeutung.

Insgesamt verlief das Kapitalmarktjahr 2014 positiv.

Diese positive Entwicklung schlug sich auch im Anlageportfolio der ZVK nieder.
Mit einem nach Anlageklassen, Regionen und Emittenten breit diversifizierten Portfolio, dessen Schwerpunkt in bonitätsmäßig einwandfreien festverzinslichen Wertpapieren lag, war unser Haus somit auch im Jahr 2014 gut aufgestellt.

„Insgesamt verlief das Kapitalmarkt-jahr 2014 positiv.“

8.4.1 ZVKRente - Abrechnungsverband I -

Das Vermögen im Abrechnungsverband I ist vornehmlich in Wertpapieren, Sachvermögen (Immobiliendirektbestand) sowie in Mitgliederdarlehen angelegt.

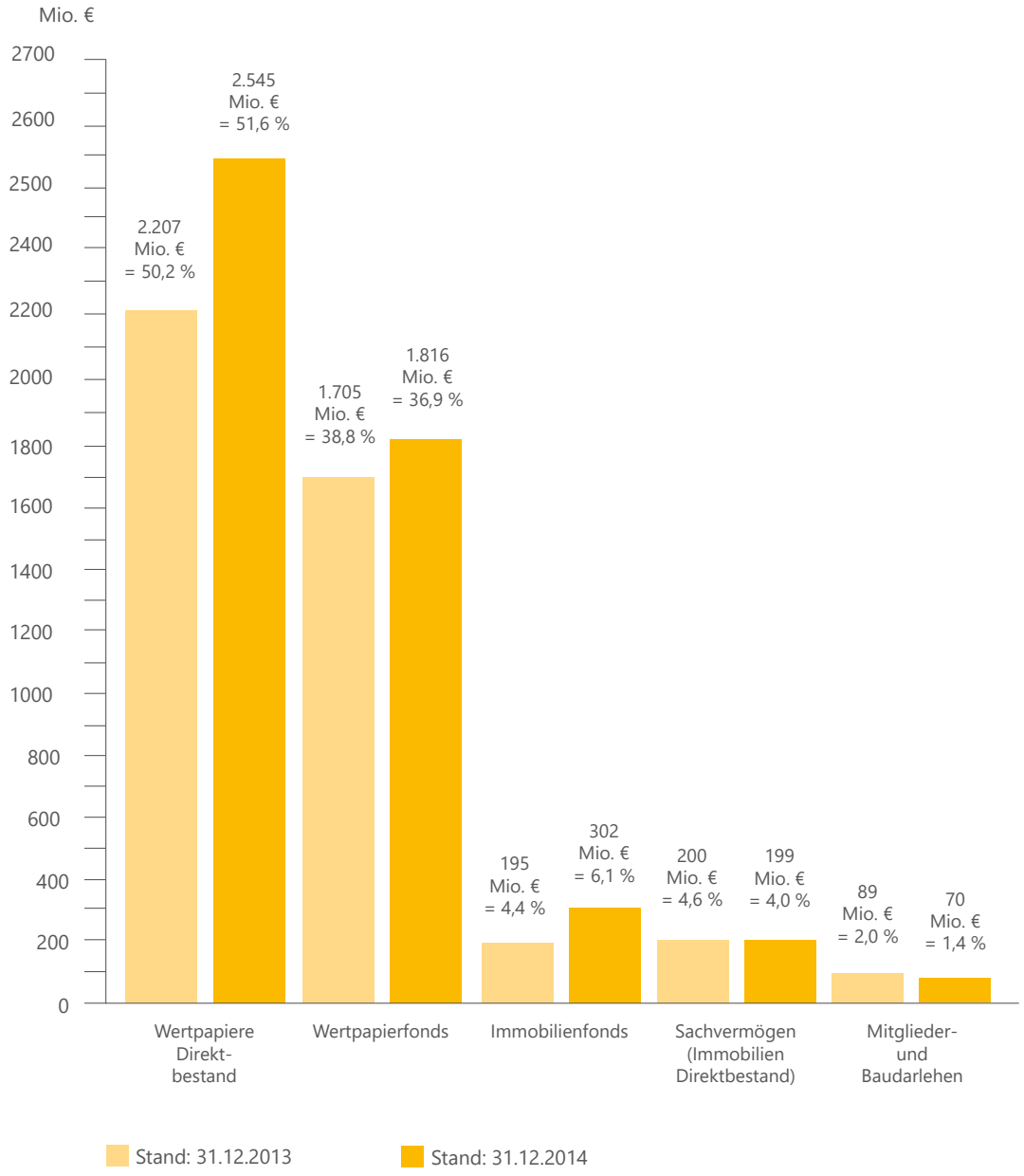
Der **Wertpapierbestand** umfasst die direkt verwalteten Wertpapiere, die überwiegend in festverzinslichen Namenspapieren gehalten werden, sowie die Anlagesegmente Wertpapierfonds und Immobilienfonds. Das Segment Wertpapierfonds beinhaltet im Wesentlichen einen breit diversifizierten Masterfonds mit Investmentmandaten für Staatsanleihen und Pfandbriefe, Unternehmensanleihen, Wandelanleihen und Aktien sowie mit einem integrierten Risikooverlay.

In der Berichtsperiode erhöhte sich der Wertpapierdirektbestand um 338 Mio. €. In den Dachfonds wurden 111 Mio. € investiert; in Immobilien(spezial)fonds weitere 107 Mio. €. Der Wertpapierbestand ist demnach um insgesamt 556 Mio. € angewachsen.

Die Gewährung von **Mitgliederdarlehen** ist durch Beschluss des Vewaltungsausschusses seit dem Wirtschaftsjahr 2006 eingestellt. Saldiert ist der Darlehensbestand zum Jahresende 2014 um 19 Mio. € zurückgegangen.

Das ausgewiesene **Sachvermögen** beinhaltet den direkt verwalteten Immobilienbestand; mit 199 Mio. € liegt der Wert 1 Mio. € unter dem Stand des Vorjahres. Dabei sind die im Bau befindlichen neuen Wohngebäude sowie verschiedene Modernisierungsmaßnahmen im Bestand und die laufende Abschreibung berücksichtigt.

Entwicklung des Anlagevermögens in der ZVKRente - Abrechnungsverband I -



8.4.2 ZVKRente - Abrechnungsverband II -

Das Vermögen des kapitalgedeckten Abrechnungsverbands II ist zum einen in festverzinsliche Wertpapiere im Direktbestand und zum anderen in verschiedenen Investmentfonds für Aktien, Renten und Immobilien angelegt, wobei auf eine möglichst breite Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis geachtet wird.

8.4.3 ZVKPlusRente

Der überwiegende Teil des Vermögens der Freiwilligen Versicherung wird in Kooperation mit weiteren kommunalen Zusatzversorgungskassen zu etwa 80 % in festverzinslichen Wertpapieren (Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen u. a.) und zu zirka 20 % in verschiedenen Investmentfonds für Aktien, Renten und Immobilien angelegt, wobei auf eine möglichst breite Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis geachtet wird.

ZVK IN ZAHLEN

9

	ZVKRente - AV I				ZVKRente - AV II				ZVKRente Gesamt (AV I und AV II)			
			Veränderung zum Vorjahr				Veränderung zum Vorjahr				Veränderung zum Vorjahr	
	2013	2014	Anzahl	%	2013	2014	Anzahl	%	2013	2014	Anzahl	%
Mitglieder	**4.898**	**4.891**	**- 7**	**- 0,1**	**145**	**171**	**+ 26**	**+ 17,9**	**5.043**	**5.062**	**+ 19**	**+ 0,4**
Versicherte												
Pflichtversicherte	459.018	465.421	+ 6.403	+ 1,4	5.192	6.127	+ 935	+ 18,0	464.210	471.548	+ 7.338	+ 1,6
Beitragsfreie Pflichtversicherte	499.772	517.828	+ 18.056	+ 3,6	2.054	2.535	+ 481	+ 23,4	501.826	520.363	+ 18.537	+ 3,7
Insgesamt	**958.790**	**983.249**	**+ 24.459**	**+ 2,6**	**7.246**	**8.662**	**+ 1.416**	**+ 19,5**	**966.036**	**991.911**	**+ 25.875**	**+ 2,7**
Pflichtversicherte nach Mitgliedsgruppen												
Städte und Gemeinden	161.793	166.049	+ 4.256	+ 2,6	8	8	0	0,0	161.801	166.057	+ 4.256	+ 2,6
Landkreise	31.438	32.328	+ 890	+ 2,8	0	0	0	0,0	31.438	32.328	+ 890	+ 2,8
Sparkassen	35.080	34.849	- 231	- 0,7	3	3	0	0,0	35.083	34.852	- 231	- 0,7
Kirchen	93.424	94.941	+ 1.517	+ 1,6	1.668	1.779	+ 111	+ 6,7	95.092	96.720	+ 1.628	+ 1,7
Andere Arbeitgeber	137.283	137.254	- 29	0,0	3.513	4.337	+ 824	+ 23,5	140.796	141.591	+ 795	+ 0,6
Insgesamt	**459.018**	**465.421**	**+ 6.403**	**+ 1,4**	**5.192**	**6.127**	**+ 935**	**+ 18,0**	**464.210**	**471.548**	**+ 7.338**	**+ 1,6**
Rentenfälle	**199.565**	**203.970**	**+ 4.405**	**+ 2,2**	**241**	**300**	**+ 59**	**+ 24,5**	**199.806**	**204.270**	**+ 4.464**	**+ 2,2**
Versorgungslastquote												
(auf 100 Pflichtversicherte entfallende Betriebsrentner)	43,5	43,8	+ 0,3	+ 0,7	4,6	4,9	+ 0,3	+ 6,5				
Umlage bzw. Beiträge (in Mio. €)	**1.059,9**	**1.110,5**	**+ 50,6**	**+ 4,8**	**7,4**	**8,1**	**+ 0,7**	**+ 9,5**	**1.067,3**	**1.118,6**	**+ 51,3**	**+ 4,8**
Leistungen der ZVKRente	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**		**Tsd. €**	**Tsd. €**	**Tsd. €**		**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	
Betriebsrenten	751,9	762,3	+ 10,4	+ 1,4	203,1	270,1	+ 67,0	+ 33,0	751,9	762,6	+ 10,7	+ 1,4
Abfindungen	1,8	2,2	+ 0,4	+ 22,2	1,5	1,6	+ 0,1	+ 6,7	1,8	2,2	+ 0,4	+ 22,3
Insgesamt	**753,7**	**764,5**	**+ 10,8**	**+ 1,4**	**204,6**	**271,7**	**+ 67,1**	**+ 32,8**	**753,7**	**764,8**	**+ 11,1**	**+ 1,5**

ABKÜRZUNGS-
VERZEICHNIS

AKA	Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung e. V.
ATV-K	Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
ATZ	Altersteilzeit
AV I	Abrechnungsverband I
AV II	Abrechnungsverband II
BTBkomba	Gewerkschaft für öffentliche Dienstleistungen, Technik und Naturwissenschaften Baden-Württemberg
EZB	Europäische Zentralbank
GBl.	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
GKV	Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Baden-Württemberg
KVBW	Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg
TV ATZ	Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit
TV FlexAZ	Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
ZVE	Zusatzversorgungseinrichtung

Impressum

Konzeption, Gestaltung und Redaktion
Kommunaler Versorgungsverband
Baden-Württemberg
Team Öffentlichkeitsarbeit und Marketing

Fotos
© Christian Ernst / Kommunaler Versorgungsverband
Baden-Württemberg

Druck und Verarbeitung
Printpark Widmann GmbH
Karlsruhe